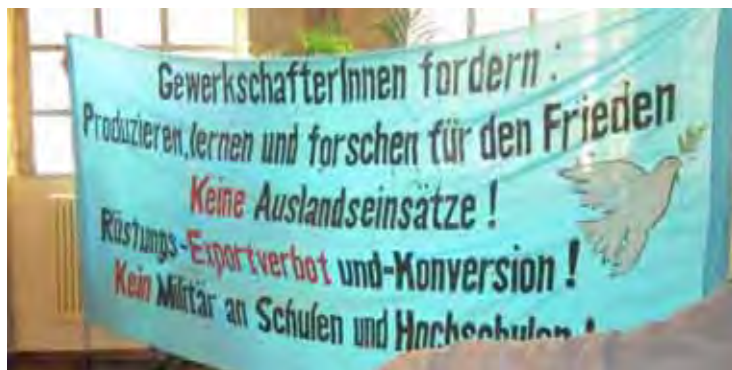


Reader

zur Tagung „Lernen
für den Frieden“ am
9. November 2013



TO und Koop: Tagesordnung und ReferentInnen (S. 2). Kurzanalyse zur jüngsten baden-württembergischen Regierungsabsicht, die Kündigung der Kooperationsvereinbarung Schule/Bundeswehr zu unterlaufen (S. 3). Presseerklärung 7. Nov. zur Grünen LDK am 9. Nov.: Grünen-Beschluss unerledigt: „Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr sofort kündigen“ (S. 4).

Antrag Demo: Entwurf für Tagungsaufruf zu einer landesweiten Kundgebung und Demonstration für militärfreie Schulen und Hochschulen Anfang 2014 (S. 5) mit zwei Anlagen: NRhZ-Artikel 30. Okt. „NEIN zu olivgrüner Wissenschaft“ (S. 6-9) und gemeinsame Stellungnahme Campusgrün Juso-Hochschulgruppen Baden-Württemberg vom Juli zur Festschreibung der Zivilklausel bei der Novellierung des Landeshochschulgesetzes (S. 10-11). Dazu der inhaltsgleiche, vom SPD-Landesparteitag beschlossene Antrag (S. 12).

GEW-Interview: „Mit den Waffen des Geistes – gegen den Geist der Waffen“ in aktueller Ausgabe bildung & wissenschaft der GEW Baden-Württemberg über den Zusammenhang der Initiativen für militärfreie Bildung (S. 13-14). Landkarte zu den 14 Hochschulen mit Zivilklausel in ver.di-news (S. 15).

Erinnerung an Demo 2012: ND-Bericht »Kein Werben fürs Sterben« über die Demo am 20. Okt. 2012 in Stuttgart (S. 16). Stellungnahme 28.11.12 ver.di, GEW, DFG-VK, Initiative gegen Militärforschung an Universitäten und Werkstatt für gewaltfreie Aktion an die Delegierten der Grünen LDK 2012 mit Pressemitteilung der DFG-VK (S. 17-19). Zum Ergebnis ein NRhZ-Artikel vom 5. Dez. 2012 „Auch Rückschläge können motivieren“ (S. 20-22). Brücke zur Gegenwart: ND-Interview am 23. Mai „Militarisierung der Köpfe?“ (S. 23).

WIR WIDERSPRECHEN: Zwei interessante Berichte von Gewerkschafterinnen zum „friedens- und sicherheitspolitischen“ DGB-Workshop am 30. Okt. in Berlin, der für die Konstrukteure zur Pleite geriet (S. 24-26). Macht Mut!

Unterschriftenlisten: „Versprochen ist versprochen“ (S. 27) und „Lernen für den Frieden“ Kein Militär in Bildungseinrichtungen (S. 28).

Zusammenstellung: Dr.-Ing. Dietrich Schulze
dietrich.schulze@gmx.de Initiative gegen Militärforschung an Universitäten
WebDoku der Initiative: <http://www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf>
Beiratsmitglied der NaturwissenschaftlerInnen-Friedensinitiative 08.11.13



Tagung „Lernen für den Frieden“ Samstag, 9. November 2013 10.00 – 16.30 Uhr Bonhoeffer-Haus Karlsruhe, Gartenstraße 29a

Die Bundeswehr ist von einer Verteidigungsarmee zu einer Armee im Einsatz umgerüstet worden und wird in zahlreichen Kriegs- und Krisengebieten eingesetzt. Karriereberater der Bundeswehr werben auf Messen und in Schulen um den benötigten Nachwuchs. In acht Bundesländern gibt es Kooperationsvereinbarungen zwischen den Kultusministerien und der Bundeswehr, die den Jugendoffizieren einen privilegierten Zugang zu den Bildungsbereichen verschafft. Dabei stehen als Zielgruppen insbesondere die Schülerinnen und Schüler, die angehenden sowie die schon im Dienst stehenden Lehrkräfte im Mittelpunkt.

In Baden-Württemberg gibt es die Kooperationsvereinbarung seit Dezember 2009. Zahlreiche Politiker von Grünen und SPD haben sowohl vor als auch nach der Landtagswahl 2011 zugesagt, diese Kooperationsvereinbarung zu kündigen. Dies ist bislang nicht erfolgt. Die Jugendoffiziere haben weiterhin uneingeschränkte und privilegierte Unterstützung.

Die Kampagne „Schulfrei für die Bundeswehr“ setzt sich seit 2010 für die Kündigung der Kooperationsvereinbarung ein. Die Landesdelegiertenversammlung der GEW forderte im April 2012 ebenfalls die Kündigung. Die Friedensbildung wird als Leitbegriff für die neuen Bildungspläne, als Forschungsziel an den Hochschulen und als Lernziel in den Lehrerbildungsinstitutionen eingefordert.

Mit unserer Fachtagung möchten wir, dass dem „Lernen für den Frieden“ absolute Priorität eingeräumt wird. Denn Krieg und Gewalt lösen keine Konflikte. Bundes- und Landesregierung sind dazu aufgerufen, dass die Friedens- und Menschenrechtserziehung in den Lehrplänen verankert wird und an allen Schulen stattfindet, wie u.a. vom UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes und dem Schattenbericht "Kindersoldaten" gefordert. Dazu gibt es inzwischen zahlreiche Unterrichtsmaterialien, von denen einzelne exemplarisch vorgestellt werden.

Programm

10.00 Uhr: Begrüßung - Roland Blach

10.10 Uhr: Einführung: Die Kündigung der Kooperationsvereinbarung zwischen Bundeswehr und Kultusministerium in Baden-Württemberg - Klaus Pfisterer

10.40 Uhr: Erfahrungen: Umgang mit der Kooperationsvereinbarung in NRW aus gewerkschaftlicher Sicht - Dorothea Schäfer

11.10 Uhr Vortrag: Förderung der Friedenspädagogik und -bildung an Schulen in Baden-Württemberg - Uli Jäger

12.30 Uhr Mittagspause

13.30 Uhr Friedensbildung an Schulen – konkret. Arbeitsgruppen

a. Paul Russmann/Klaus Pfisterer: „Gewalt ist keine Lösung. Nie und nirgends“ Vorstellung einer Präsentation für den Unterricht

b. Silvia Bopp: POL&IS, Civilpowker. Lernen für den Frieden? Manipulationen entlarven? Friedensbildung auf dem Prüfstein ihrer vielschichtigen Wirkungen.

c. Lena Sachs/Roland Blach: Lernen für den Frieden und militärfreie Schulen. Ein langer Weg beginnt mit dem ersten Schritt

d. Theo Ziegler: Diskussion in den Kirchen am Beispiel der ev. Landeskirche Baden

15.15 Uhr Schlussrunde Perspektiven „Lernen für den Frieden“: Mit Dorothea Schäfer, Uli Jäger, Theodor Ziegler, Klaus Pfisterer. Moderation: Susanne Hellstern

16.30 Uhr Ende der Tagung

Zu den ReferentInnen:

Roland Blach, Jahrgang 1969, Landesgeschäftsführer DFG-VK Baden-Württemberg, Koordinator der Kampagne „Schulfrei für die Bundeswehr. Lernen für den Frieden“

Silvia Bopp, Jahrgang 1971, Tanz- und Ausdruckstherapeutin. Sie arbeitet u.a. mit jungen Menschen für die Friedenswerkstatt Mutlangen e.V. Bei Jugendoffizieren hat sie POL&IS gespielt und im Multiplikatorenworkshop das Planspiel Civilpowker kennen gelernt. Gemeinsam mit jungen FriedensaktivistInnen hat sie das Bildungstool www.nuclearfreededucation.de entwickelt

Susanne Hellstern, Jahrgang 1967, Mitarbeiterin im Kampagnenrat für pax christi Rottenburg-Stuttgart und Ohne Rüstung Leben

Uli Jäger, Jahrgang 1958, Director Peace Education, Berghof Foundation / Friedenspädagogik Tübingen wird friedenspädagogische Zugänge eröffnen. Als Workshop-Leiter zum Thema „Friedenspädagogik“ hat er Erfahrungen im In- und Ausland (u.a. Sri Lanka, Mazedonien, Russland, Indien, Jordanien) gesammelt.

Klaus Pfisterer, Jahrgang 1954, Sonderschullehrer und Landessprecher DFG-VK Baden-Württemberg. Beschäftigt sich seit mehr als 30 Jahren mit dem Thema Bundeswehr und Schule und dazu zahlreiche Artikel verfasst

Paul Russmann, Jahrgang 1955, Sprecher der ökumenischen Aktion Ohne Rüstung Leben in Stuttgart.

Lena Sachs, Jahrgang 1987, Studentin der Erziehungswissenschaften an der PH Freiburg, Buchautorin („Die Zusammenarbeit zwischen Bundeswehr und Bildungseinrichtungen. Eine

kritische Analyse“), arbeitet in der Kampagne „Schulfrei für die Bundeswehr“ mit.

Dorothea Schäfer, Jahrgang 1954, Studium der Mathematik und Physik in Göttingen, Referendariat in Osnabrück, Lehrerin an Gymnasium und Gesamtschule, zuletzt Studiendirektorin. 2007 Wahl zur stellv. Vorsitzenden der GEW NRW, seit 2010 Landesvorsitzende in NRW, im April 2013 im Amt bestätigt
Theodor Ziegler, Jahrgang 1953, ev. Religionslehrer M.A. in Breisach am Rhein, zuvor landeskirchlicher Beauftragter für die Beratung der Kriegsdienstverweigerer und Zivildienstleistenden. Mitinitiator des friedensethischen Diskussionsprozesses in der badischen Landeskirche, DFG-VK-Mitglied

Träger der Tagung:

Kampagne „Schulfrei für die Bundeswehr. Lernen für den Frieden“, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

In der Kampagne „Schulfrei für die Bundeswehr“ arbeiten derzeit mit: Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) Baden-Württemberg, Informationsstelle Militarisation, Ohne Rüstung Leben, Pax Christi Baden-Württemberg, Werkstatt für Gewaltfreie Aktion Baden, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Baden-Württemberg, Ökumenisches Netz Baden-Württemberg, Offenes Treffen gegen Krieg und Militarisation Stuttgart, Pax an – die Werkstatt für Pazifismus, Friedenspädagogik und Völkerverständigung e.V., Die AnStifter, das Deutsche Mennonitische Friedenskomitee, die Pressehütte Mutlangen und die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) Baden-Württemberg.

Kurzanalyse der geplanten Koopvereinbarung

1. Die Einhaltung der Grundsätze des Beutelsbacher Konsens' sollen betont werden.

Das ist lediglich eine Worthölse. Mit der Aufnahme des "Beutelsbacher Konsens" wird lediglich der Mindeststandard für die schulische Diskussion aufgenommen. Das ist eine Selbstverständlichkeit.

2. Auf das Verbot werblicher Tätigkeiten durch die Jugendoffiziere soll explizit hingewiesen werden.

Wenn dem so ist, wie ist es dann z.B. mit den "Tagen der Schulen und Lehrer" in den Kasernen. Die Jugendoffiziere laden dazu ein. Bei diesen Veranstaltungen lassen sich Werbung und Information nicht trennen. Allein durch den Standort Kaserne wird Werbung für die Bundeswehr gemacht.



3. Referendare dürfen nicht gegen ihren Willen zur Teilnahme an Seminaren der Bundeswehr verpflichtet werden dürfen.

Sollte dieser Passus stimmen, so bleiben die Jugendoffiziere in der Referendar-Ausbildung tätig. Alles bleibt beim Alten, nur dass die Teilnahme freiwillig werden soll. Wenn ein ganzer Kurs zur POL&IS- Simulation geht, wird sich wahrscheinlich keiner zur Wehr setzen. Und wenn, macht das bei der Seminarleitung wahrscheinlich keinen guten Eindruck. Der Druck entsteht unterschwellig.

4. Den Organisationen der Friedensbewegung will man eine eigene Kooperationsvereinbarung anbieten und in der die Verpflichtung des Landes festgehalten werden soll, die Friedenserziehung in den Schulen zu stärken.

Eine eigene Kooperationsvereinbarung will niemand in der Friedensbewegung. Dafür haben wir weder die personelle, materielle und finanzielle Ressource. Das weiß Kultusminister Stoch und doch will er uns dies schmackhaft machen. Der Satz: "Friedenserziehung in den Schulen stärken" ist eine reine Worthölse. Bislang ist dazu nichts erarbeitet worden. Ob dies in den neuen Lehrplänen Berücksichtigung findet, mag bezweifelt werden. Es ist nicht bekannt, dass inhaltlich an diesem Thema gearbeitet wird. Die Friedensorganisationen sind in diesen Prozess bislang nicht einbezogen worden.

5. In der Vereinbarung soll die Möglichkeit der Einbindung der Friedensorganisationen in den Unterricht betont werden, um so die Interessen beider Seiten gleichermaßen zu würdigen.

Da wird eine weitere Nebelkerze gezündet. Eine "Waffengleichheit" beider Seiten könnte nur dadurch erreicht werden, dass uns die Landesregierung im Haushalt jährlich 5 Millionen Euro für die Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung stellt und darüber hinaus 10 hauptamtliche Stellen finanziert, damit wir allen Einladungen der Jugendoffiziere an den Schulen Folge leisten könnten. Damit ist, angesichts der prekären Haushaltslage in Baden-Württemberg eher nicht zu rechnen.

Bezug: Info vom 01.11.2013

Seitens des KM ist angedacht, die bisherige Vereinbarung mit der Bundeswehr durch eine neue zu ersetzen, in der die Einhaltung der Grundsätze des Beutelsbacher Konsens' betont wird, auf das Verbot werblicher Tätigkeiten durch die Jugendoffiziere explizit hingewiesen und festgehalten wird, dass Referendare und Anwärter nicht gegen deren Willen zur Teilnahme an Seminaren der Bundeswehr verpflichtet werden dürfen. Ferner ist angedacht, den Organisationen der Friedensbewegung den Abschluss einer eigenen Kooperationsvereinbarung anzubieten, in der die Verpflichtung des Landes, die Friedenserziehung in den Schulen zu stärken, festgehalten ist. In der Vereinbarung soll die Möglichkeit der Einbindung der Friedensorganisationen in den unterrichtlichen Alltag betont werden, um so die Interessen beider Interessen gleichermaßen zu würdigen.



Stuttgart, 7. November 2013

Presseerklärung

zur Landesdelegiertenkonferenz von B 90/Die Grünen Baden-Württemberg

Grünen-Beschluss unerledigt:

„Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr sofort kündigen“

Friedensaktivisten erinnern die Mitglieder der Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen am kommenden Samstag, 9. November in Esslingen mit Flugblättern an ihren am 2. Dezember 2012 gefassten Beschluss. Danach wird die Landesregierung aufgefordert, „die 2009 zwischen dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport des Landes Baden-Württemberg und dem Wehrbereichskommando IV der Bundeswehr geschlossene Kooperationsvereinbarung spätestens zum Ende des Schuljahres zu kündigen.“

„Dieser Beschluss ist unerledigt, das Schuljahr 2012/13 mittlerweile mehr als drei Monate vergangen“ kritisiert Roland Blach, Koordinator der Kampagne *Schulfrei für die Bundeswehr. Lernen für den Frieden*. „Die Jugendoffiziere haben weiterhin uneingeschränkte und privilegierte Unterstützung. Wir erwarten, dass die Kündigung sofort umgesetzt wird“, so Blach weiter. „Eine auch in Baden-Württemberg geplante modifizierte Vereinbarung zwischen dem Kultusministerium und der Bundeswehr wie in Nordrhein-Westfalen lehnen wir als reine Kosmetik ab“.

Gleichzeitig zur Landesdelegiertenkonferenz der Grünen befasst sich die Tagung „Lernen für den Frieden“ im Bonhoeffer-Haus in Karlsruhe mit Vorträgen, Arbeitsgruppen und einer Diskussionsrunde intensiv mit den Hintergründen der Kooperationsvereinbarung und der Friedensbildung an Schulen. Erwartet werden u.a. die Landesvorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Nordrhein-Westfalen, Dorothea Schäfer und Uli Jäger, Peace Education, Berghof Foundation / Friedenspädagogik Tübingen.

Kontakt:

Roland Blach: 0711-51885601, 0177-2507286 (auch am Samstag)

Informationen zur Tagung „Lernen für den Frieden“:

http://www.schulfrei-für-die-bundeswehr.de/Hintergruende/Folder_DIN_Lang.pdf

ANTRAG

Die Tagung ruft für Anfang 2014 in Stuttgart zu einer landesweiten Kundgebung und Demonstration für militärfreie Schulen und Hochschulen auf.

Arbeitstitel:

Schulfrei für die Bundeswehr und Semesterferien im ganzen Jahr! Rettungsfond für die Bildung statt Rüstungsmilliarden für den Krieg!

verbunden mit den Forderungen:

- Ersatzlose Kündigung des Kooperationsabkommens Schule/Bundeswehr.
- Zivilklausel für alle Hochschulen und Einbringung in die Novellierung des Landeshochschulgesetzes mit Gültigkeit für das KIT Karlsruhe.
- Öffentliche Vollfinanzierung der Hochschulen. Lehrerausbau statt Lehrerabbau.



Begründung

Wenn Wahlversprechen gebrochen werden, der alleinherrschende Ministerpräsident die Demokratie mit Füßen tritt und führende Außenpolitik-Kreise eine neue Weltmachtrolle Deutschlands mit „kognitiver“ Vermittlungsfunktion der Hochschulen propagieren (*), wird Widerstand zur Pflicht.

Partner / Träger der Aktion

In Anknüpfung an die Erfahrungen mit der Demo am 20. Oktober 2012 sollte versucht werden, die im Bildungsbereich zuständigen Gewerkschaften GEW und ver.di und natürlich den DGB zu gewinnen. Für die obigen Forderungen gibt es inzwischen eine bessere Beschlusslage. Und die Sommer-Pleite mit dem „friedens- und sicherheitspolitischen“ Workshop am 30. Oktober in Berlin macht Mut. Landesweite Interessenvertretungen wie LandesAstenKonferenz, Landeskoordination Juso-Hochschulgruppen und CampusGrün Baden-Württemberg (**), Asten von Unis und weitere Hochschulgruppen können mobilisiert werden. Nicht zu vergessen die vielfältigen lokalen Friedensgruppen. Und auch die Kirchen sollten auf eine Mitwirkung hin angesprochen werden.

Kontext zu anderen Aktionen

Der Aufruf der Tagung könnte einen unmittelbaren Impuls für den Jahres-Kongress der Informationsstelle Militarisation (IMI) in Tübingen am 15./16. November darstellen, die diese Thematik auf der Tagesordnung hat und den Aufruf sicherlich unterstützen und verbreitern würde. Seit einiger Zeit wird an einem weiteren landesweiten Zivilklausel-Vernetzungstreffen gearbeitet, an dem die junge GEW Baden-Württemberg dran ist. Das Treffen könnte zur Mobilisierung genutzt werden und zur Planung von Aktionen des zivilen Ungehorsams an Hochschulorten im Vorfeld der Demo. Für die Übergabe der ersten Unterschriften an die Kultus-Minister-Konferenz am 5. Dezember in Berlin wäre der Demo-Aufruf eine Bekräftigung und würde auch bundesweit ähnliche Aktionen in anderen Bundesländern anstiften. Der Kasseler Friedenratschlag am 7./8. Dezember ist bestimmt eine gute Vernetzungsstelle dafür. Und das Jahr 2014 wird von Veranstaltungen zum 100. Jahrestag des 1. Weltkriegs geprägt sein. Ein absolut sinnfälliger und passender historischer Hintergrund. Man darf ja mal träumen. Wenn dieser Impuls aus Baden-Württemberg anstiften würde, könnte es im Herbst 2014 nach 5 Jahren wieder einen bundesweiten Bildungsstreik geben.

Vorbereitungsplanung

Aus allem folgt, dass der Kampagnenrat „Schulfrei für die Bundeswehr“ zweckmäßig zusammen mit weiteren Gruppen für Januar zu einem landesweiten Vorbereitungstreffen einladen sollte, auf dem spätestens der Demo-Termin festgelegt werden muss.

Dietrich Schulze

Karlsruhe, 4. Oktober 2013

(*) 25.10. Die Neuvermessung der deutschen Weltpolitik <http://german-foreign-policy.com/de/fulltext/58720>
30.10. NEIN zu olivgrüner Wissenschaft <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=19613>

(**) 02.07. Gemeinsame Erklärung für die Zivilklausel <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20130702.pdf>

Zivilklausel als Störfaktor bei der Neuvermessung deutscher Weltpolitik

NEIN zu olivgrüner Wissenschaft

Von Dietrich Schulze

Die rechtskonservativen Think-Tanks Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) und German Marshall Fund of the United States (GMF) haben ein Projektpapier unter dem Titel "Neue Macht. Neue Verantwortung. Elemente einer deutschen Außen- und Sicherheitspolitik für eine Welt im Umbruch" [1] vorgelegt, als Ergebnis eines einjährigen Diskussionsprozesses mit Außenpolitik-Exponenten unter Einschluss von Abgeordneten aller Bundestagsfraktionen.

Neudeutsche Weltpolitik

Das Papier bedeutet nicht weniger als die Propagierung einer globalen Führungsrolle für Deutschland in Konkurrenz zu den „Mitstreitern“ USA und EU, dem „Herausforderer“ BRICS (Staatenbund Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) mit eindeutigen Drohungen an die Adresse der „Störer“ Iran, Syrien, Kuba etc..

Wer die Verschärfung der Widersprüche unter den imperialistischen Ländern unter der Wirkung der Globalisierung im Schwinden sah, wird hier eines Schlechteren belehrt. Diese Widersprüche werden bekanntlich mit Weltkriegen ausgetragen. Als ob es niemals zwei von deutschem Boden ausgegangene verbrecherischste Weltkriege gegeben hätte, wird von den 53 ProjektteilnehmerInnen Krieg als Mittel der Politik als Selbstverständlichkeit angesehen.

Das Internet-Portal german-foreign-policy.com hat die grundsätzliche Bedeutung dieser Strategie zur kriegspolitischen Umgestaltung der Weltordnung als erste analysiert. Es fasst die Begründung dafür im Projekt-Papier so zusammen: „Die Vereinigten Staaten seien - »im Bewusstsein reduzierter eigener Ressourcen« - »nur noch bedingt gewillt, die internationale Ordnung als globaler Hegemon zu garantieren«. Die EU, von der Krise erschüttert und in vielerlei Hinsicht zerstritten, sei »zu einer vergleichbaren Rolle derzeit weder gewillt noch imstande.«. [2]

Kognitives zivil-militärisches Potential

Das Portal zitiert zur Maßnahmen-Palette die Notwendigkeit der Nutzung »besserer kognitiver Fähigkeiten«: "»Universitäten, Forschungseinrichtungen, Stiftungen« könnten diese vermitteln. Ziel müsse eine »Denklandschaft« sein, »die nicht nur politische Kreativität ermöglicht und pflegt«, sondern auch »imstande ist, politische Optionen schnell und in operationalisierbarer Form zu entwickeln«. Parallel müsse die Zustimmung der Bevölkerung gesichert werden: Die staatliche Außenpolitik müsse lernen, »ihre Ziele und Anliegen effektiver zu kommunizieren«."

Mit diesen Einschätzungen wird eine kriegspolitische Schlüsselrolle der Hochschulen herausgestellt. Das haben die Herrschenden allerdings längst erkannt. Der Ausbau von Rüstungsforschung an den Hochschulen wie der Besatzungspolitik-Lehre und die gezielte Vermischung von zivil deklarierter und finanzierter „Sicherheitsforschung“ für militärische Zwecke wird seit Beginn der Amtszeit von Ex-Ministerin Schavan forciert und von ihrer Nachfolgerin Wanka fortgesetzt. Mehr willig als widerwillig von den Uni-Leitungen und den zuständigen Ministerien auf Länderebene unterstützt, auch mittels Freiheitsberaubung durch sinkenden Anteil an Grundfinanzierung und wachsenden Anteil an Zeitverträgen.

Dazu passen neue Horrormeldungen aus der EU. Die zuständige EU-Kommission fordert mehr zivil-militärische Zusammenarbeit zu Drohnen und hochauflösender Satellitenspionage [3]. Wie Matthias Monroy mitteilt, soll ein neues "strategisches Konzept" entwickelt werden, das "alle Aspekte der militärischen und nichtmilitärischen Sicherheit" miteinander verzahnt. Gefordert werde daher die Zusammenlegung von ziviler und militärischer Forschung. Damit könnte die von Zivilklauseln an Hochschulen vorgeschriebene Trennung von militärischer und nichtmilitärischer



Quartett pro olivgrüne Wissenschaft
Montage DS. Alle Bildquellen wikipedia

Forschung ausgehebelt werden, befürchtet Monroy mit Recht. Diese Befürchtungen haben leider jetzt schon eine genau beschreibbare Gestalt angenommen.

Gegen staatliche Gesetzesverstöße vorgehen

Die Auseinandersetzung darüber, was Verantwortung der deutschen Wissenschaften »für eine Welt im Umbruch« bedeutet, hat mit der seit nunmehr fünf Jahren unermüdlich aktiven Zivilklausel-Bewegung viele Hochschulen und die Öffentlichkeit erreicht. Für das von Oben gewünschte Klima der »kognitiv zivil-militärischen Zusammenarbeit« wird aber Unten vor allem Ruhe gebraucht. Deswegen hat die Bundesregierung bereits 2010 unter eklatantem Verstoß gegen parlamentarische Auskunftrechte mit der Vertuschung begonnen. Ausgerechnet die für ihre antimilitaristische Aufklärung bekannte Informationsstelle Militarisierung e.V. (IMI) in Tübingen überbrachte dazu vor einer Woche eine völlig unverständliche resignative Botschaft [4]. Die Ignoranz des Rektorats der Universität Tübingen (gebilligt vom GRÜNEN Spitzenpersonal, dem Ministerpräsidenten und der Wissenschaftsministerin Baden-Württembergs), trotz Zivilklausel Forschung in »überwiegend militärischem Interesse« fortzuführen „droht die Zivilklausel endgültig jeder Substanz zu berauben - in Tübingen und darüber hinaus“. Benannt werden explizit Rostock, Göttingen und Konstanz.

„Hart aber fair“: Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Statt dabei stehen zu bleiben, den Raub zu beklagen und die Zivilklausel damit indirekt als unwirksam abzutun, sollte und kann diese geschützt werden. Demokratie bedeutet, gegen staatliches Unrecht vorzugehen. Dazu wurde an IMI und an Verantwortliche der Bundestagsfraktion DIE LINKE. ein konkreter Vorschlag übermittelt. Zur Erinnerung: Im Oktober 2010 war eine Bundestagsanfrage der LINKEN zu militärisch relevanter Sicherheitsforschung der Hochschulen vom Bundesverteidigungsministerium kurzerhand unter Geheimschutz gestellt worden (»VS-Nur für den Dienstgebrauch«). [5] Das bedeutet, die zuständigen Hochschulgremien an 40 Hochschulen wurden damit unter Verstoß gegen das Wesen von Grundordnungen und Landeshochschulgesetzen zu Geheimnisträgern gemacht. In einer ähnlichen Anfrage Mitte 2008 war eben jene militärisch relevante Sicherheitsforschung noch öffentlich nachlesbar mit allen Forschungstiteln benannt worden. Auch im Zusammenhang mit der Regierungs-Neubildung und den eingangs geschilderten alarmierenden Vorgängen ist es jetzt hohe Zeit den Gesetzesbruch »Geheimschutz« aufzubrechen, um - im IMI-Bild bleibend - dem Räuber damit die Beute zu entwenden. [6]

Krieg um die Köpfe

Obwohl die Militarisierung an den meisten Hochschulen nach Plan verläuft, sind die Herrschenden und die Mainstream-Medien sehr besorgt. Seit Monaten reißt das Klagen und Lamentieren über die Zivilklausel, ausgegangen vom Bundes-Vorwärtsverteidiger selber, nicht ab. Erst kürzlich legte die Bundeszentrale für politische Bildung nach [7]. Die Autoren berufen sich auf den Kieler Rüstungsforscher Joachim Krause [8], wonach mit der Zivilklausel »letztlich die Befähigung der Bundeswehr zur Erfüllung des eigenen Auftrages getroffen und die wissenschaftliche Beschäftigung mit sicherheitspolitischen Themen verhindert werden soll.« Sie berufen sich weiter auf Wissenschaftsministerin Bauer [9], wonach »auch wissenschafts- und forschungspolitisch das Konzept der Zivilklausel allerdings nicht konsensfähig, ja inakzeptabel ist.« Die Autoren scheuen nicht davor zurück, einer Bundeswehr, die unter doppeltem Verstoß gegen das Völkerrecht an der Steuerung von US-Killerdrohnen-Morden von deutschem Boden aus beteiligt ist, den »Selbstan-spruch zur Friedensimplementierung« zu attestieren. Nur zwei Erinnerungen zu den beiden zitierten „Sachverständigen“. Der Herr Professor, der alle Zivilklauseln für verfassungswidrig hält, hat von mir eine Antwort in Form einer Satire erhalten. [10] Die Wissenschaftsministerin, der von Studierenden der Uni Karlsruhe (KIT) der eigene Zivilklausel-Antrag für das KIT als frühere Oppositionspolitikerin vorgehalten wurde, erklärte in einer Uni-Vollversammlung, dass dieser Antrag eine »Jugendsünde« gewesen sei. [11] Zwei absolut glaubwürdige Zeugen also, die sich die Autoren für politische Missbildung da ausgesucht haben.

Na gut, bei all diesen ausgesprochen düsteren Lageberichten zur Abwechslung noch etwas über die Leistungen der Zivilklausel-Bewegung. Allein in den letzten vier Jahren sind an neun Hochschulen »verfassungswidrige« Zivilklauseln von den zuständigen Uni-Gremien beschlossen worden, zusätzlich zu den fünf früher schon gültigen. [12] Viel Interessantes kann in der bekannten Web-Dokumentation <http://www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf> nachgelesen werden. Nur eine einzige aktuelle Meldung noch. Der SPD-Landesparteitag Baden-Württemberg hat gerade den bemerkenswerten Beschluss an die Adresse der Landtagsabgeordneten und der Partei-Gremien gefasst, „in Erfüllung des Wählerauftrags für eine Aufnahme einer Zivilklausel, die auch für das KIT gilt, in das Landeshochschulgesetz zu sorgen.“ [13] Macht Mut. Noch eine global-

politische Frage zur »Welt im Umbruch« sei erlaubt. Wer hätte vor sieben Wochen geglaubt, dass der beschlossene NATO-Krieg gegen Syrien abgewendet werden kann? Mit einer diplomatischen Spitzenleistung nicht der deutschen, sondern der russischen Außenpolitik. Verdammt kognitiv, bei aller Anerkennung für den Beitrag der internationalen Friedensbewegung.

Was lernen wir aus alledem für die Hochschulen? Es gibt keine Gründe, die Zivilklausel klein zu reden. Es gibt keine Gründe, die Schwächen der Zivilklausel-Bewegung zu verdecken. Und es gibt überhaupt keine Gründe für Überschätzungen oder gar für Resignation. Das Gute an den schlimmen Zeiten ist die einfache Erkenntnis, dass zur Zivilklausel Zivilcourage gehört, wie die andere Seite der Medaille. Jeder Einzelne kann ein Stück zu verantwortungsbewusster Wissenschaft beitragen, wenn er das Erkannte in praktisches Handeln umsetzt, auch unter Inkaufnahme von möglichen Nachteilen. Dazu abschließend eine - zugegeben subjektive - Auswahl an WissenschaftlerInnen, die Mut machen und als Vorbild dienen können, in alphabetischer Namensfolge.

Sieben Mutmacher - WissenschaftlerInnen mit Zivilcourage

- **Werner Buckel** (1920-2003): Physik-Professor und langjähriger Direktor des Physikalischen Instituts der Universität Karlsruhe. Begnadeter Grundlagenforscher mit herausragenden didaktischen Fähigkeiten, Friedenswissenschaftler und früher Atomkraftkritiker. Organisierte einen großen Kongress gegen Rüstungsforschung und gab gegen die geplante Stationierung von atomaren Mittelstreckenraketen das Buch „Nachdenken statt Nachrüsten“ heraus. Ihm wurde die Zivilklausel-Tagung am KIT in Juni 2012 gewidmet. Er kann als einer der Väter der Zivilklausel-Bewegung betrachtet werden. Mehr über ihn in der Streitschrift [14] über die Tagung „Jetzt Entrüsten. Hochschulen: Zukunftswerkstätten oder Kriegs»Dienstleister«?“. Lesenswert auch wegen der Ausführungen zur Atom(waffen)forschung.
- **Subrata Ghoshroy**: Physiker und Whistleblower am Massachusetts Institute of Technology (MIT) USA. Weigerte sich als Laser-Waffenforscher im späteren Regierungsdienst, bei den gefakten Laserwaffen-Entwicklungstest-Ergebnissen ein Auge zuzudrücken, um der Privatfirma nicht die staatlichen Mittelzuwendungen zu verhaseln. Wurde abgeschoben, konvertierte zum Friedensforscher und ist weltweit in Sachen Abrüstung unterwegs. In einem denkwürdigen Auftritt im Dezember 2009 auf Einladung der Studierendenvertretung des künftigen KIT begrüßte er im voll besetzten Streik-Hörsaal der Uni Karlsruhe die „civil clause“ und warnte davor, den Weg der total militarisierten US-Universitäten zu beschreiten. [15]
- **Leon Gruenbaum** (1934-2004): Promovierter Nuklear-Physiker aus einer vor den Nazis nach Frankreich geflohenen jüdischen Familie. Wurde als Wissenschaftler am Kernforschungszentrum Karlsruhe von einem Atomforschungs-Manager rassistisch diskriminiert, verlor dauerhaft seine Beschäftigung als Physiker, deckte dessen NS-Vergangenheit auf, konvertierte zur Geschichtswissenschaft und legte eine bedeutende bis heute nicht veröffentlichte Monographie über die Genese und machtpolitische Bedeutung des Bomben-Rohstoffs Plutonium vor. Das Forum – Ludwig Marum (von den Nazis ermordeter Karlsruher SPD-Reichstagsabgeordneter) ehrte den doppelt von Nazis Verfolgten, der eine außerordentlich schwere persönliche Bürde zu tragen hatte, als Whistleblower in einem Symposium. [16] Das KIT führt seinen Verfolger immer noch als Ehrensensator.
- **Irma Kreiten**: Ethnologin, lebt in Istanbul und arbeitet mit der Yeditepe-Universität zusammen. Wurde an der Uni Tübingen im Rahmen einer Promotion massiv diskriminiert, weil sie sich weigerte, die Forschung am Völkermord an den Tscherkessen allein aus der Sicht der Täter zu behandeln und ihre Forschung für militärische Zwecke nutzbar zu machen. Die in der Nähe von Karlsruhe Ansässige musste auswandern. Über das Erlittene konnte sie jahrelang nicht sprechen. Vor einem Jahr entschloss sie sich, das Schweigen zu brechen und gab Interviews. Im Juni benannte sie im Rahmen einer Whistleblower-Veranstaltung in Karlsruhe in einem bewegenden ersten öffentlichen Vortrag Roß und Reiter aus Tübingen. [17] Sie ist weiter wissenschaftlich und persönlich auf der stark belastenden Suche nach einem Weg aus der Misere, die durch die Diskriminierung verursacht worden ist.
- **Yoshiyuki Sankai**: Japanischer Materialforscher, der weltweit bekannt für seine Mensch-Maschine-Grundlagenforschung und für die Anwendung von Exo-Skeletten für Querschnittsgelähmte bekannt ist. Er weigert sich trotz attraktiver Angebote aus der heimischen und ausländischen Rüstungsbranche, seine Kenntnisse für Kriegszwecke zur Verfügung zu stellen. [18] Es bedarf keiner Phantasie, dass diese Forschungen von äußerstem Interesse für den »Soldaten der Zukunft« sind, der Horrorphantasie »Innen Mensch, außen Kampfdrohne«. Übrigens: Japan ist führend bei solchen zivilen Geräten für medizinische Zwecke.

• **Gregor Lang-Wojtasik:** Professor für Erziehungswissenschaft an der PH Weingarten / Baden. Bildet zukünftige LehrerInnen aus. Für die PH will er eine Zivilklausel in der Präambel zur Grundordnung verankern mit dem Wortlaut: „Lehre, Forschung, Studium und Weiterbildung sollen ausschließlich friedlich-zivilen Zwecken dienen, die das Zusammenleben der Völker bereichern und im Bewusstsein der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen erfolgen.“ Die PH ist konkret betroffen mit Publikationen wie „Kriege und Militäreinsätze als Herausforderung für die historische Bildung von Streitkräften“. Sein Antrag stößt nicht nur auf Gegenliebe und wurde zweimal im Senat abgelehnt. [19]

• **Michael Wolf:** Professor für Sozialwissenschaft an der Hochschule Koblenz. Setzt sich gegen Bundeswehr-Werbung an der Hochschule und gegen Rüstungsforschung ein. In einem Offenen Brief an seinen Präsidenten [20] weist er die aggressive Flyer-Werbung für die Bundeswehr an der Hochschule und BMVg-Drittmittel zurück unter Verweis auf den Umbau der Bundeswehr von einer Verteidigungs- zu einer Angriffsarmee. Er erinnert an den von Verfassungsrechtler Erhard Denninger entwickelten Gedanken der „Friedens-Finalität“ des Grundgesetzes und verlangt eine Zivilklausel für die Hochschule statt Unterstützung von Interventionskriegen.

Quellen

- [1] http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/projekt_papiere/DeutAussenSicherhpol_SWP_GMF_2013.pdf
- [2] <http://german-foreign-policy.com/de/fulltext/58720>
<http://www.jungewelt.de/2013/10-26/046.php>
- [3] <http://netzpolitik.org/2013/eu-kommission-fordert-mehr-zivil-militaerische-zusammenarbeit-zu-drohnen-und-hochaufloesender-satellitenspionage/>
- [4] <http://www.imi-online.de/2013/10/23/forschung-in-ueberwiegend-militaerischem-interesse-trotz-zivilklausel/>
- [5] http://andrej-hunko.de/start/downloads/doc_download/36-auswertung-der-kleinen-anfrage-die-rolle-der-hochschulen-in-der-staatlich-gefoerderten-ruestungs-und
- [6] <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=19541>
- [7] <http://www.bpb.de/apuz/170808/bundeswehr-und-gesellschaft?p=1>
- [8] http://www.ispk.uni-kiel.de/fileadmin/user_upload/thumbpublikationen/Publikationen_Krause/KrauseFAZ02082013.pdf%20
- [9] http://mwk.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/pdf/forschung/Zivilklausel/Positionspapier_.pdf
- [10] <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=19224>
- [11] <http://www.usta.de/archiv/newsletter/2012-01-06-usta-newsletter-januar-2012>
- [12] <http://www.nachdenkseiten.de/?p=18192> und <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=19314>
- [13] <http://www.spd-karlsruhe.de/index.php?nr=72918&menu=1>
- [14] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20121230.pdf>
- [15] http://www.nriinternet.com/NRI_Sciectists/USA/A_Z/G/Subrata%20Ghoshroy/index.htm
http://kitbrennt.unserebildung.de/images/5/5a/Abandonment_of_Military_Research_mit_Übersetzung_Endfassung.pdf
<http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20091204.pdf> <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20100113.pdf>
- [16] <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=19586>
- [17] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20121112.pdf> und
<http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20130708.pdf>
- [18] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20110608.pdf> nach SZ 08.06.2011
- [19] http://www.schwaebische.de/region/oberschwaben/weingarten/stadtnachrichten-weingarten_artikel,-Professor-will-Forschung-fuer-Militaer-ausschliessen-_arid,5519145.html
- [20] http://www.oekumenisches-netz.de/-13-07-01-Offener_Brief.pdf

Über den Autor: Dr.-Ing. Dietrich Schulze (Jg. 1940) war nach 18-jähriger Forschungstätigkeit im Bereich der Hochenergie-Physik von 1984 bis 2005 Betriebsratsvorsitzender im Forschungszentrum Karlsruhe. 2008 gründete er mit anderen in Karlsruhe die Initiative gegen Militärforschung an Universitäten (WebDoku www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf). Er ist Beiratsmitglied der NaturwissenschaftlerInnen-Initiative für Frieden und Zukunftsfähigkeit sowie in der Initiative „Hochschulen für den Frieden – Ja zur Zivilklausel“ und publizistisch tätig.



Stellungnahme von Campusgrün Baden-Württemberg und der Landeskoordination der Juso-Hochschulgruppen Baden-Württemberg:

Campusgrün Baden-Württemberg und die Landeskoordination der Juso-Hochschulgruppen Baden-Württemberg sprechen sich gemeinsam für die Einführung einer landesweiten Zivilklausel in Baden-Württemberg aus.

Universitäten als Orte der Wissensvermittlung und der Forschung tragen eine große ethische und moralische Verantwortung, die auch Folgen für die Ausrichtung ihrer Forschungs- und Lehraktivitäten haben muss. Aus diesem Grund müssen insbesondere Regelungen für die Militärforschung an zivilen staatlichen Hochschulen gefunden werden.

Wir fordern die Regierungsparteien auf, ein Gesetzesvorhaben zur Einführung einer Zivilklausel zu initiieren. Dabei verweisen wir darauf, dass bundesweit bereits vor 2010 fünf Zivilklauseln an einzelnen Hochschulen existierten und sieben weitere in der Zwischenzeit eingeführt worden sind. Gemäß der Argumentation der Regierungsparteien, dass Zivilklauseln generell gegen die Wissenschaftsfreiheit verstießen, wären diese Zivilklauseln rechtswidrig.

Das Argument der angeblichen Beschneidung der Wissenschaftsfreiheit berücksichtigt außerdem nicht den hauptsächlichen Zweck einer Zivilklausel: Die Finanzierung militärischer Forschung an öffentlichen zivilen Einrichtungen, also Universitäten, zu verhindern, und nicht militärische Forschung insgesamt zu verbieten.

Selbstbeschränkungen an den einzelnen Hochschulen sind für uns zwar ein Schritt in die richtige Richtung, dennoch fordern wir die landesrechtliche Festschreibung einer „zivilen und friedlichen Forschung und Lehre“. Bereits in ihren Wahlprogrammen haben SPD und Grüne die Richtigkeit und Rechtmäßigkeit einer solchen Regelung erkannt. Insbesondere die Regierungsmitglieder Kretschmann, Bauer und Schmid unterstützten persönlich die Forderung nach einer Zivilklausel am Karlsruher Institut für Technologie (KIT). Sie sind daher ebenso wie die Regierungsfractionen dazu aufgerufen, den in der vorherigen Legislaturperiode eingebrachten Antrag zum KIT-Gesetz als Grundlage für die Festschreibung einer Zivilklausel im Landeshochschulgesetz und im KIT-Gesetz zu verwenden. Der damalige Gesetzentwurf muss allerdings um eine Regelung erweitert werden, die sicherstellt, dass vollständige Transparenz hergestellt werden muss. Dazu zählt die vollständige Veröffentlichung der Forschungsergebnisse und der Herkunft der Mittel. Die Öffentlichkeit muss die Möglichkeit erhalten zu überprüfen, welche Projekte mit welchen Mitteln an den Hochschulen erforscht werden.

Campusgrün Baden-Württemberg und die Landeskoordination der Juso-Hochschulgruppen Baden-Württemberg erwarten, dass die Landesregierung bzw. die Re-

gierungsfractionen im Zuge der Novellierung des Landeshochschulgesetzes die Fest-
schreibung einer landesweiten Zivilklausel in Angriff nehmen.

Vorstand Campusgrün Baden-Württemberg:
vorstand@campusgruen-bawue.de (Constanze Erhard)

Landeskoordinierung Juso-Hochschulgruppen Baden-Württemberg:
tim.baltruschat@web.de
jessirauch@aol.de
lukas.kurz@gmx.net
marieke.reiffs@gmx.de

Kennnummer 2621

Kreisverband Karlsruhe Stadt

Empfänger:

SPD-Landtagsfraktion

Zivilklausel in das Landeshochschulgesetz	Zivilklausel in das Landeshochschulgesetz
Die Delegierten des SPD-Landesparteitages fordern die baden-württembergischen Landtagsabgeordneten der SPD und die Gremien der Partei auf, in Erfüllung des Wählerauftrags, für eine Aufnahme einer Zivilklausel, die auch für das KIT gilt, in das Landeshochschulgesetz zu sorgen.	Annahme
Begründung: Auszug aus dem Regierungsprogramm der SPD Baden-Württemberg 2011-2016, das wir beim Landtagswahlkampf 2011 verteilt haben: <i>“Die Forschung in Baden-Württemberg soll ausschließlich friedlichen Zwecken dienen.”</i> Die durch öffentliche Gelder finanzierten Hochschulen sind dem Gemeinwohl verpflichtet und müssen daher wissenschaftliche Forschung im Einklang mit einem ethischen Wertegefüge betreiben. Wir sprechen uns daher entschieden gegen eine Vermischung von Atomforschung und Waffenforschung an den landesweiten Hochschulen sowie die Kooperation von universitärer Forschung mit der Rüstungsindustrie aus. Der Fall des KIT zeigt, wie dringlich eine landesweite Regelung hierzu ist. Nur eine im Landeshochschulgesetz verankerte Zivilklausel verhindert öffentlich finanzierte Rüstungsforschung effektiv, ermöglicht öffentliche Diskussionen über strittige Projekte an den Hochschulen und gibt wissenschaftlichen Mitarbeitern einen effektiven Schutz vor gegenläufigen Dienstanweisungen.	

ZIVILKLAUSEL

„Mit den Waffen des Geistes – gegen den Geist der Waffen“

Eine Zivilklausel an Hochschulen soll verhindern, dass für militärische Zwecke geforscht und gelehrt wird. Die Zahl der Hochschulen, die sich auf Druck der Studierenden dazu bekennen, steigt. Dietrich Schulze, der seit Jahren gegen Militärforschung an Universitäten kämpft, sieht im Gespräch mit der b&w positive Entwicklungen und wünscht sich von den Gewerkschaften mehr Engagement.

An den Hochschulen gilt die Forschungsfreiheit. Bedeutet es, dass über alles geforscht werden darf?

Mit diesem Argument wird die stetig zunehmende Militarisierung der Bildung gerechtfertigt. Hochschulangehörigen und deren Gremien steht es frei, per Beschluss auf bestimmte Forschung, z. B. für gentechnische oder militärische Zwecke, zu verzichten. Selbst eine landesgesetzliche Zivilklausel widerspricht der Verfassung keineswegs. Das hat der anerkannte Verfassungsrechtler Prof. Erhard Denninger bereits vor viereinhalb Jahren festgestellt. Er erinnert an die „Friedensfinalität“ des Grundgesetzes, das festlegt, dass „von deutschem Boden nur Frieden ausgehen wird“. Die Zivilklausel bedeutet, dass nur für friedliche und zivile, also nicht-militärische Zwecke geforscht und gelehrt wird, d.h. auch, dass Drittmittelkooperationen mit Rüstungsindustrie und Bundeswehr nicht erlaubt sind. Damit wird, wie Denninger und jüngst Juristen für die TU Darmstadt und die Universität Kassel nachgewiesen haben, die Freiheit der einzelnen Wissenschaftler/innen tatsächlich eingeschränkt, aber eben nicht unzulässig.

Was hältst du von Zivilklauseln an Schulen, wie sie Ben Geier von der Berliner Schüler/innenvertretung fordert?

Das ist zunächst einmal Ausdruck der Popularität des Begriffs „Zivilklausel“. Vor vier Jahren war der Begriff im Internet noch beinahe unbekannt. Gemeint ist zweifellos die Selbstverpflichtung „Schule ohne Bundeswehr“. Diese Selbstverpflichtung kann, muss aber für die Schulen nicht so genannt

werden. Entscheidend ist die Vernetzung der Aktivitäten im gesamten Bildungsbereich. Dafür haben Lena Sachs aus Freiburg und Roland Blach aus Stuttgart mit der Kampagne „Schulfrei für die Bundeswehr“ Bahnbrechen geleistet. Am 9. November wird es in Karlsruhe eine bundesweite Tagung „Lernen für den Frieden“ geben, in der die Gemeinsamkeiten zur Sprache kommen, insbesondere die von Grün-Rot versprochene Kündigung der Kooperationsvereinbarung Schule-Bundeswehr. Dort wird auch für die Unterschriftenkampagne für militärfreie Schulen und Hochschulen auf www.lernenfuerdenfrieden.de geworben.

Wie kann verhindert werden, dass die Zivilklausel zu Kriegszwecken uminterpretiert wird?

Die Zivilklausel lebt von Wachsamkeit, Information der Öffentlichkeit und nicht nachlassender Zivilcourage. Die größte Beunruhigung für die gegenwärtig vorherrschende Kriegspolitik ist die kreative Unruhe an den Hochschulen, das Hinterfragen der Zwecke im Sinne einer Verantwortung der Wissenschaften. In Baden-Württemberg haben übrigens im Juni die Hochschul-Jugendorganisationen der beiden Regierungsparteien (CampusGrüne und Juso-Hochschulgruppe) eine gemeinsame Erklärung abgegeben, in der an das Wahlversprechen erinnert und eine gesetzliche Zivilklausel gefordert wird. Aufgrund der bundesweit ersten Zivilklausel-Urabstimmung von Studierenden im Januar 2009 an der Uni Karlsruhe hatten die damaligen Oppositionsfractionen die Zivilklausel für das KIT-Gesetz bean-

tragt. Winfried Kretschmann, Theresia Bauer und Nils Schmid haben das kurz vor der Wahl mit ihrer Unterschrift bekräftigt. Und die in der Versenkung verschwundene Konstanzer Zivilklausel von 1991 ist aufgrund der Karlsruher Aktivitäten mit Unterstützung durch GEW-Kollege Lothar Letsche und andere ausgegraben worden. Auch in Konstanz ist der Arbeitskreis Zivilklausel und der AStA aktiv.

Was glaubst du, würde passieren, wenn alle Universitäten Zivilklauseln hätten?

Die Sicherheit der Bundesrepublik wäre nicht gefährdet, die Ausrüstung der Bundeswehr oder gar deren Existenz

Hochschulen mit Zivilklauseln

Inzwischen gibt es 14 Hochschulen mit Zivilklauseln, davon neun seit Beginn der Auseinandersetzungen vor fünf Jahren in Karlsruhe. Allein in diesem Jahr haben drei Unis die Zivilklausel eingeführt, nämlich Münster, Göttingen und Frankfurt a.M. Davor verpflichteten sich die TU Darmstadt, die Hochschule Bremerhaven, die Uni Rostock, die TU Ilmenau und die Uni Tübingen dafür. Bereits seit 1986 hat die Uni Bremen eine Zivilklausel und 1991 kamen Zivilklauseln an der Uni Konstanz und den TUs Berlin und Dortmund sowie 2007 an der Uni Oldenburg dazu.



Dietrich Schulze

ebenso wenig. Prof. Ernst Schmachtenberg, Präsident der RWTH Aachen und des Zweckbündnisses TU9, der großen technikorientierten Hochschulen, hat in den VDI-Nachrichten erklärt: „Wir Deutschen haben mit Rüstungsforschung eine Menge Unheil angerichtet. Ich halte diesen Weg für eine offene Universität in Deutschland für ungeeignet. Wenn Rüstungsforschung politisch gewollt ist, soll sie an eigens dafür eingerichteten Forschungsinstituten etabliert werden, nicht bei uns.“ Er handelt in der Praxis zwar gegen seinen eigenen Grundsatz, der ist aber deswegen nicht fragwürdig. Wenn alle Universitäten Zivilklauseln und eine ausreichende Grundfinanzierung hätten, ginge von deutschem Boden mehr Frieden aus, so wie es die Verfassungsgründer/innen und die komplette Nachkriegsöffentlichkeit verstanden hatten, bevor der Kalte Krieg eingeleitet wurde.

Wo wird deiner Meinung nach die nächste Zivilklausel eingeführt?

Zwei heiße Favoriten sind für mich die Unis Freiburg und Kassel. Der Senat der Uni Freiburg hat im November 2012 eine Zusage abgegeben, im Sommersemester 2013 eine Zivilklausel zu beschließen. Die Studierenden der Uni Kassel haben sich in einer Urabstimmung im Januar (die fünfte erfolgreiche nach Karlsruhe, Köln, FU Berlin und Frankfurt a.M.) mit 72 Prozent für die Aufnahme einer Zivilklausel in die Grundordnung der Hochschule ausgesprochen. In der neuen Präambel heißt es: „Forschung, Lehre und Studium an der Universität Kassel dienen ausschließlich zivilen und friedlichen Zwecken. Unter Berücksichtigung der Frage, ob zivile Zwecke verfolgt werden, sind alle Drittmittel in Bezug auf Drittmittelgeber, Zeitraum, Projektverantwortliche, Finanzvolumen, Zielsetzung und Fragestellung vor Beginn des Projekts öffentlich bekanntzugeben.“ Die

Uni-Leitung taktiert. Eine beantragte Senatsentscheidung ist vorerst vertagt worden.

Welche Erwartungen hast du an die Gewerkschaften?

Eine ganz einfache, nämlich dass die Gewerkschaftstags- bzw. Bundeskongress-Beschlüsse der beiden für die Hochschulen zuständigen Gewerkschaften (GEW und Verdi) nicht nur auf dem Papier stehen bleiben. Beide Beschlüsse und weitere ähnliche sind an Eindeutigkeit, Klarheit und Handlungsorientierung nur schwer zu übertreffen. Das Engagement der Kolleg/innen vor Ort für die Umsetzung der Beschlüsse ist davon meilenweit entfernt. Es gibt mehrere vorzeigbare Beispiele für die erfolgreiche Zusammenarbeit von Studierenden, Beschäftigten, Gewerkschaften und Friedensgruppen vor Ort, aber auch Rückschläge. Das hängt nicht zuletzt mit massiven arbeitsrechtlichen Problemen (Stichwort Zeitverträge) und einem verschulerten Studium (Stichwort Bologna-Reform) zusammen.

Und dennoch wächst die Zivilklauselbewegung. Es hat sich eine bundesweite Initiative „Hochschulen für den Frieden – Ja zur Zivilklausel“ gebildet, in der GEW- und Verdi-Kolleg/innen mitarbeiten. Es gab zwei bundesweite Kongresse in Braunschweig 2011 und in Karlsruhe 2012. In Baden-Württemberg gab es eine erste landesweite von der Deutschen Friedensgesellschaft Vereinigte Kriegsdienstgegner/innen (DFG-VK) getragene Vernetzung, die aber ausbaubedürftig ist. Vielleicht kann hier die junge GEW eine aktive Rolle übernehmen. Im Rahmen einer Tagung vor kurzem in München ist die Initiative für eine Zivilklauselvernetzung in Bayern entstanden, die auf der kontinuierlichen Arbeit des Münchener Verdi-Fachbereichs und der Initiative „Friedliche Uni Augsburg“ beruht. In München lebt der

ver.di-Gewerkschafter, Holocaust-Überlebende, antifaschistische Widerstandskämpfer und Antimilitarist Martin Löwenberg. Sein ein Leben lang praktizierter Leitsatz „Mit den Waffen des Geistes – Gegen den Geist der Waffen“ sollte das Grundanliegen des gesamten Bildungsbereichs werden.

Kann die Zivilklauselbewegung an den Hochschulen die Friedensbewegung attraktiver machen?

Die Autorin der Zeitschrift „Freitag“, Nina Marie Bust-Bartels, verglich in ihrem Beitrag „Krieg auf dem Campus“ am 15. Juli die historische Friedensbewegung, die Hunderttausende auf die Beine gebracht hatte, mit der heutigen und stellte aufgrund der Zivilklauselbewegung die Frage: „Erfährt die Friedensbewegung eine Belebung?“. Ihre Antwort: „Ich denke, das ist nicht der einzige Belebungsfaktor, aber ein außerordentlich attraktiver.“

Das Interview führte Cendrese Sadiku
GEW-Referentin für junge GEW

Info

Dr. Dietrich Schulze (Jg. 1940) war ab 1966 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Forschungszentrum Karlsruhe. 2008 hat er die »Initiative gegen Militärforschung an Universitäten« mit gegründet und pflegt deren Web-Dokumentation www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf. Er arbeitet in der Initiative »Hochschulen für den Frieden – Ja zur Zivilklausel« mit und ist im Beirat der NaturwissenschaftlerInnen-Initiative »Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit«.

HOCHSCHULEN

Wie zivil ist die Forschung?

Universitäten können ihre Wissenschaftler vor Rüstungsaufträgen schützen

(hbf) „Innovative Sicherheitslösungen zur Abwehr neu entstehender Bedrohungslagen“ wollen sie entwickeln oder „Autonome Systeme, z. B. unbemannte Flugzeuge“, also Drohnen. Am Rande Münchens haben sich die Bundeswehrhochschule und die TU München mit Unternehmen wie EADS, IABG und Siemens zusammengetan, die immer auch schon Militärausrüster waren. Im „Innovationspark“ Augsburg hat die dortige Universität ähnliche Kooperationspartner gefunden. „Die stillschweigende Verknüpfung von ziviler und militärischer Forschung und Produktion“, kritisiert die Initiative Friedliche Uni Augsburg, „macht das Projekt aus unserer Sicht so gefährlich.“ Seit gut zwei Jahren bemüht sich die Initiative, eine „Zivil- und Transparenzklausel“ in der Grundordnung der Uni zu verankern.

ver.di fordert „Zivilklauseln“

Die erste Selbstverpflichtung, ausschließlich für zivile Zwecke zu forschen, beschloss 1986 die Universität Bremen. Nach und nach kamen weitere Hochschulen dazu. In letzter Zeit hat das Thema wieder Fahrt aufgenommen. Besonders Studierende wollen nichts mit Rüstungsforschung zu tun haben. ver.di hat sich 2011, die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) 2013 für Zivilklauseln ausgesprochen, damit sich kein Hochschulangehöriger an militärisch nutzbarer Forschung beteiligen muss.

Hochschulen müssen immer mehr Drittmittel einwerben. Manche meinen, da dürfe man nicht wählerisch sein. Außerdem ließen sich bei Forschungsaufträgen ziviler und militärischer Nutzen oft kaum trennen – die sogenannte Dual-Use-Problematik. Professor Hans-Jörg Kreowski (Uni Bremen) hat dazu eine klare Position: „Jeder Wissenschaftler kann sich bewusst gegen Rüstungsaufträge entscheiden und andere Geldgeber suchen.“ Die Dual-Use-Gefahr könne durch Offenheit und Öffentlichkeit verringert werden, betont Kreowski, Gründungsmitglied des Forums Informatiker/innen für den Frieden (FIFF): „Militärs setzen auf Geheimhaltung.“

Argumentation und Solidarität

ver.di und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) haben gemeinsam mit anderen gesellschaftlichen Gruppen und Parteien die Unterschriftenaktion „Lernen für den Frieden“ gestartet. Damit wenden sie sich gegen Rüstungsindustrie und Militär in Bildungseinrichtungen. Die Unterschriften sollen am 5. Dezember bei der Kultusministerkonferenz übergeben werden. Mehr Informationen und die Unterschriftenliste unter www.lernenfuerdenfrieden.de

Eine Zivilklausel wie an der Uni Bremen helfe, sagt er, wenn sie gelebt werde. Außerdem stellen sich ständig neue Fragen: Wie „zivil“ ist die zunehmende Sicherheitsforschung? Dürfen Offiziere Lehrbeauftragte sein?

Was tun, wenn dual Studierende in einem Rüstungsbetrieb arbeiten?

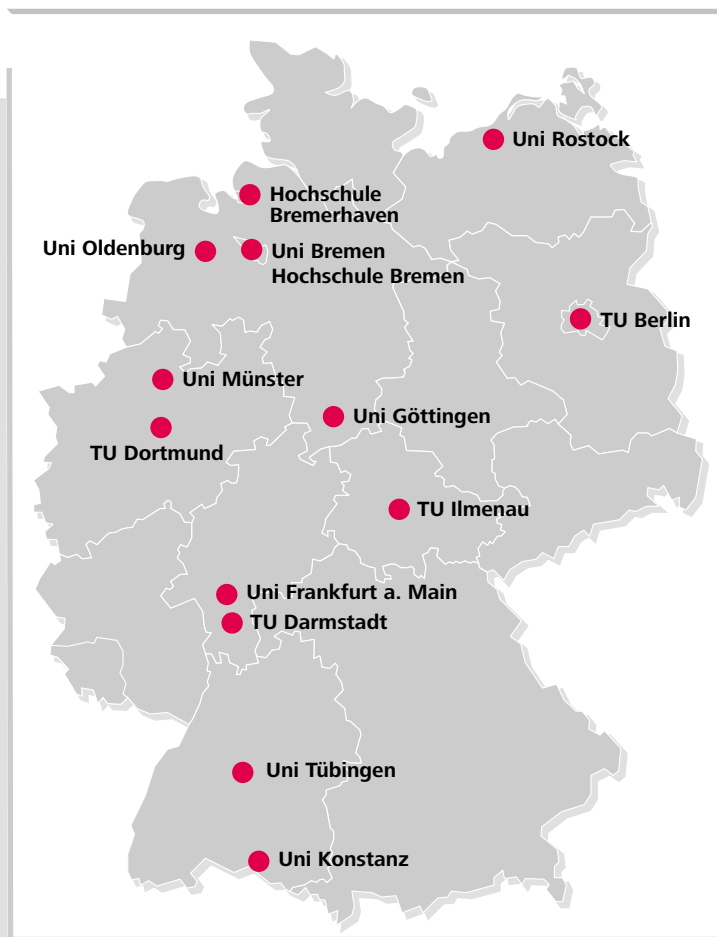
Ausschluss per Gesetz?

Im Zentrum der Debatte steht das Selbstverständnis einer Hochschule und der dort Beschäftigten. Heinz Lehmann, Personalratsvorsitzender der TU Darmstadt, ist zufrieden, dass in der Einrichtung, „die sich im Dritten Reich sehr opportunistisch zu den Macht-habenden in Staat, Militär und Wirtschaft verhalten hat“, eine Zivilklausel gilt. Wäre es nicht wirkungsvoller, per Gesetz an allen Hochschulen eines Bundeslandes die Rüstungsforschung auszuschließen? Ein bundesweiter Vorstoß der Linkspartei scheiterte jüngst an allen anderen Fraktionen.

www.zivilklausel.org

www.gew-bayern.de, Unterpunkt „Themen“, dort Unterpunkt „Friedenserziehung“

HOCHSCHULEN MIT ZIVILKLAUSELN



Stand September 2013; Quelle: Wikipedia, eigene Recherchen



Renate Bayer ist Personalrätin an der TU München und Sprecherin der ver.di-Betriebsgruppe

INTERVIEW

Widerstand bündeln!

An 14 deutschen Hochschulen gibt es Zivilklauseln. Keine davon liegt im Bayern. Hier blüht die Kooperation von Hochschulen und Rüstungsindustrie, etwa an der TU München. Was lässt sich tun?

Genau deshalb hatten die Landesverbände von GEW und ver.di Ende Juni eine Tagung organisiert unter dem Motto: Widerstand in Bayern bündeln! Studenten, Universitätsbeschäftigte, Lehrer, Eltern und andere haben sich vernetzt, um weitere Schritte zur Verankerung einer Zivilklausel in der Landesverfassung und auch zur Kündigung des Kooperationsabkommens zwischen Bundeswehr und Schulen zu unternehmen.

Wie stark engagieren sich die Studierenden?

Die Studenten haben sich ihrerseits bayernweit vernetzt, um einen Aktionsplan für die Verankerung von Zivilklauseln an den Universitäten zu erstellen. Aktiv sind bisher vor allem Studierende aus Augsburg, Würzburg, Erlangen und Regensburg.

Welche Rolle spielt in München die AG Friedliche Schule und Hochschule von ver.di, GEW und anderen Aktiven?

Dort arbeiten Universitätsbeschäftigte, Lehrer und Studenten gegen die Militarisierung der Bildung zusammen. Wir stellen auch Referenten zu diesen Themen.

»Kein Werben fürs Sterben«

Am Wochenende wurde in Stuttgart gegen das Engagement der Bundeswehr an Schulen demonstriert

Unter dem Slogan »Schulfrei für die Bundeswehr« haben am Samstag rund 350 Menschen gegen Werbeauftritte von Soldaten an Schulen protestiert. Aufgerufen zu der landesweiten Demo hatte ein breites Netz von Initiativen, das von der Deutschen Friedensgesellschaft über Pax Christi und Linkspartei bis zu den Jugendverbänden von DGB und Grünen reicht.

Seit die Wehrpflicht abgeschafft worden ist, hat die Bundeswehr ihr Engagement an Schulen für die Nachwuchswerbung deutlich verstärkt. Dem Bündnis »Schulfrei für die Bundeswehr« ist das ein Dorn im Auge. Soldat sei kein Beruf wie jeder andere - das war in den diversen Reden während der Demonstration am Samstag in Stuttgart immer wieder zu hören. Rund 16 Millionen Euro habe die Bundeswehr im vergangenen Jahr für Nachwuchswerbung veranschlagt, so das Bündnis, für dieses Jahr seien 29 Millionen Euro vorgesehen. Die LINKE-Bundestagsabgeordnete Heike Hänsel sieht im verstärkten Auftreten der Bundeswehr in Schulen den Versuch, Akzeptanz für militärische Einsätze zu schaffen. Das wolle man nicht hinnehmen.

Vor dem baden-württembergischen Kultusministerium in der Stuttgarter Innenstadt stoppte der Demo-Zug für eine Zwischenkundgebung. Denn dort sitzt Kultusministerin Gabriele Warminski-Leitheußer (SPD). Sie ist zuständig für die Kooperationsvereinbarung zwischen dem Land und der Bundeswehr, die den Auftritt der Wehrdienstberater in Schulen ermöglicht. Bereits mehrmals wurde die Ministerin von den Grünen im Landtag - die größere der beiden Regierungsfractionen - gedrängt, diese Kooperationsvereinbarung von 2009 zu kündigen.

Doch Warminski-Leitheußer will nicht. Drei Grünen-Abgeordnete hatten die Ministerin im Juli dieses Jahres zum wiederholten Male schriftlich aufgefordert, die Vereinbarung zu beenden, denn das wäre ein klarer Beitrag zur Stärkung der Friedenserziehung in den Schulen. In ihrem Antwortbrief erklärte Warminski-Leitheußer jedoch, die Bundeswehr-Werber seien »außerschulische Fachleute«, deren Einbindung in den Unterricht sinnvoll sei. Das möchte sie auch »mit Vertretern der Bundeswehr und Vertretern von Friedensorganisationen erörtern«, so die Ministerin. »Wir auch«, erklärt der Sprecher der DFG-VK Baden-Württemberg Klaus Pfisterer. »Aber bis heute hat die Ministerin uns nicht eingeladen.«

Auch das Wissenschaftsministerium unter der Leitung von Theresia Bauer (Grüne) war Ziel der Demonstranten. Jessica Messinger, Sprecherin der Grünen Jugend Baden-Württemberg, forderte von Bauer eine gesetzliche Zivilklausel für die Hochschulen einzuführen. »Und zwar eine richtige, nicht so einen freiwilligen Scheiß, wie Theresia Bauer das will«, so Messinger unter lautem Applaus vor allem der jungen Demonstranten. Militärische Forschung, wie sie an Universitäten betrieben werde, habe dort nichts zu suchen, befand die junge Grüne. Eine gesetzliche Zivilklausel für Hochschulen würde festschreiben, dass Forschung, Lehre und Studium nur nicht-militärischen Zwecken dienen dürfe. Messinger: »Unsere Vision lautet, dass Forschung und Wissenschaft die friedliche Konfliktlösung in den Mittelpunkt stellen.« Als Grüne Jugend werde man weiter innerparteilichen Druck ausüben, versprach Messinger. »Aber wir brauchen auch die Unterstützung dieses breiten Bündnisses.«

Dass Engagement sich lohnt, berichtete Thomas Stanka. Der 17-Jährige geht auf die Bertolt-Brecht-Schule im hessischen Darmstadt. »Wir haben uns für bundeswehrfrei erklärt«, erzählte der Schüler. Es sei mühsam, so etwas zu schaffen, aber man werde weiter machen. »Damit auch die Gymnasien dabei sind. Wir wollen keine Normalität von Bundeswehrauftritten im Alltag.«

Und deswegen machte sich nach der Demo eine Schar der jugendlichen Protestierer auf den Weg nach Balingen. In der Kleinstadt auf der schwäbischen Alb fand am Wochenende wieder mal der Jugendblasorchesterwettbewerb der Bundeswehr statt. BW-Musix 2012 nennt sich die Veranstaltung unter dem Motto »Yes 4 You«, bei der die Jugendorchester neben Geld auch Sonderaktionstage mit den Orchestern des Militärmusikdienstes gewinnen können. Erstmals traten in diesem Jahr auch Jugend- und Schülerbigbands gegeneinander an.

Von: DFG-VK Ba-Wü [mailto:dfg-vk@paritaet-bw.de]

Gesendet: Mittwoch, 28. November 2012 11:46

An: 'Roland Blach DFG-VK Baden-Wuerttemberg'

Betreff: PM Grüner Landesparteitag, die Ministerin und die leidige Zivilklausel

Anlagen: Brief LDK 281112.pdf.pdf



Presse-Mitteilung

Grüner Landesparteitag, die Ministerin und die leidige Zivilklausel

Eine Personengruppe aus Gewerkschaften und Friedensorganisationen hat sich heute an die Delegierten der am Wochenende in Böblingen stattfindenden Landesdelegiertenkonferenz BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Baden-Württemberg gewandt. Grund ist die Kontroverse über die Friedensbindung und Zivilorientierung der Hochschulen des Landes, die in zwei gegenläufigen Anträgen zur Zivilklausel („Forschung und Lehre nur für zivile und friedliche Zwecke.“ d.h. keine Rüstungsforschung, sondern aktive Friedensbeiträge) für die Konferenz zum Ausdruck kommt. Wissenschaftsministerin Theresia Bauer hatte sich in einem Interview der Stuttgarter Zeitung gegen Zivilklauseln geäußert mit Argumenten, die nach Auffassung der Gruppe nicht stichhaltig und teilweise unkorrekt sind.

Die Delegierten werden über die seit vier Jahren laufende Auseinandersetzung am Karlsruher Institut für Technologie KIT (Zusammenschluss Universität und Forschungszentrum Karlsruhe) um die Übertragung der bewährten Zivilklausel des Forschungszentrums auf die Universität informiert. Diese begann im ersten Halbjahr 2009 mit einem positiven Votum der Studierenden, einem verfassungsrechtlichen Gutachten (Ergebnis: Zivilklausel ist konform mit der Verfassung und verletzt nicht das Gebot „Freiheit der Wissenschaft“) sowie einem entsprechenden Ergänzungsantrag der früheren Oppositionsparteien zum KIT-Gesetz. Sinngemäße Forderungen sind im Grünen Wahlprogramm enthalten. Von alledem wolle Frau Bauer nunmehr in Regierungsverantwortung nichts mehr wissen.

Die Gruppe stellt klar, dass die Behauptung unkorrekt ist, dass eine Zivilklausel die Forschung einschränken oder gar Forschungsgebiete verbieten würde. Es gehe um die Beschränkung von Forschungszwecken, d.h. um den Verzicht auf militärische Zwecke. Jegliche Freiheit zur Grundlagenforschung bleibe durch die Zivilklausel unangetastet.

Allein in den letzten zwei Jahren haben sechs Hochschulen in fünf Bundesländern eine Zivilklausel beschlossen. Das Land Niedersachsen habe über viele Jahre im Landeshochschulgesetz über eine Zivilklausel verfügt. Die Grünen in Niedersachsen haben die Forderung „eine für alle Unis verbindliche Zivilklausel, die Forschung und Entwicklung von Waffen und anderen Rüstungsgütern ausschließt.“ in ihr Wahlprogramm für die Landtagswahl 2013 aufgenommen. Die Gewerkschaft ver.di fordert: „Die Zivilklausel ist in Landeshochschulgesetzen, Verfassungen bzw. Grundordnungen der Universitäten und Hochschulen zu verankern.“ Entsprechende Beschlüsse gibt es bei der Gewerkschaft GEW.

Wie die Gruppe abschließend mitteilt, werde die Freiheit der Wissenschaft tatsächlich durch den stark angewachsenen Drittmittel-Finanzierungsanteil aus zweckgebundenen privaten und öffentlichen Mitteln verletzt. Zivilklauseln verbunden mit wirksamer Transparenz und ausreichender Grundfinanzierung können dieser Indienstnahme entgegen wirken. Den Delegierten liege ein entsprechender Antrag zur Entscheidung vor.

Anlage: Brief an die Delegierten im Wortlaut

Kontakt: Roland Blach, DFG-VK, 0711-51885601

Deutsche Friedensgesellschaft -
Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK)
Landesverband Baden-Württemberg
Werastr. 10
70182 Stuttgart

Fon 0711-51885601

Mobil 0177-2507286

Mail ba-wue@dfg-vk.de

Web <http://bawue.dfg-vk.de/>

Facebook

<http://www.facebook.com/groups/DFG.bawue/>

Friedlich denken allein ändert nichts.

Werde Mitglied in der DFG-VK

<https://www.dfg-vk.de/mitglied-werden>

Zivilklausel für die Hochschulen

Sehr geehrte Delegierte,

wir wenden uns heute in einer Frage der Hochschulpolitik an Sie. Es geht um die Gestaltung der Friedensbindung und Zivillorientierung der Hochschulen mittels Zivilklauseln. Wissenschaftsministerin Theresia Bauer hat sich am 24. November in einem Interview mit der Stuttgarter Zeitung gegen Zivilklauseln geäußert mit Argumenten, die nicht stichhaltig und teilweise unkorrekt sind. Das war nicht immer so:

Juli 2009: Antrag der Abg. Schmiedel, Stober (SPD) und Fraktion, Kretschmann, Bauer (GRÜNE) zur Aufnahme in das KIT-Gesetz „Das KIT verfolgt im Rahmen seiner Aufgaben nach § 2 ausschließlich friedliche Zwecke.“ „Begründung: Am bisherigen Forschungszentrum Karlsruhe (FZK) ist nicht-zivile Forschung bis heute ausgeschlossen. Es ist notwendig, dieses Signal und diese Einschränkung auch auf das gesamte KIT [d.h. auf die Universität Karlsruhe] zu übertragen und den Geltungsbereich nicht wie bislang vorgesehen auf den Großforschungsbereich zu beschränken.“ ([Landtag Baden-Württemberg Drs 14/4781 07.07.09](#))

Dezember 2010: „Frieden statt Waffen exportieren. Nachhaltige grüne Friedenspolitik setzt vor allem auf zivile und diplomatische Mittel und hat Abrüstung zum Ziel. Forschungseinrichtungen, Universitäten und Hochschulen des Landes sollen ausschließlich friedliche Zwecke verfolgen. Um dies deutlich zu machen, befürworten wir die Einführung von Zivilklauseln in den Satzungen aller solcher Einrichtungen.“ ([Wahlprogramm B90 / DIE GRÜNEN Baden-Württemberg](#))

November 2011: „»Ich begrüße und unterstütze es, wenn Hochschulen in ihren Grundordnungen klarstellen, dass Forschung und Lehre friedlichen Zwecken dienen«, bekräftigte die Ministerin ihren schon früher geäußerten Standpunkt. Theresia Bauer betonte aber zugleich, dass sie eine gesetzliche Beschränkung von Forschungsaktivitäten ablehne.“ ([Schwäbisches Tagblatt 05.11.11](#) zum Besuch der Ministerin an der Uni Tübingen, seit Ende 2009 mit Zivilklausel in der Grundordnung)

Mai 2012: „Friedensparagraf gefordert. Nachwuchsverbände der Regierungskoalition kritisieren Wissenschaftsministerin, weil Militärforschung im Land erlaubt bleibt.“ (Schlagzeile in [Badische Zeitung 12.05.12](#) über die Landtagsentscheidung vom 9. Mai 2012 zum KIT-Gesetz ohne die von beiden früheren Oppositionsparteien 2009 beantragte Zivilklausel) .

November 2012: „Mit mir wird es nicht dazu kommen, dass wir irgendein Forschungsgebiet verbieten. Ich glaube, dass eine grüne Wissenschaftsministerin gut daran tut, das Thema Unabhängigkeit der Wissenschaft sehr ernst zu nehmen. Es gehört zu den unveräußerlichen Grundrechten, dass Wissenschaft, Forschung und Lehre frei sind. Würde man sagen, »das Nachdenken über Militärisches ist verboten«, oder »Forschung darf nur einem friedlichen Zweck dienen«, dann wäre Forschung in der Tat stark eingeschränkt.“ ([Stuttgarter Zeitung 24.11.12](#) im Interview vor dem Grünen Landesparteitag in Böblingen)

Wir möchten klarstellen, dass eine Zivilklausel keine Forschung einschränkt oder gar Forschungsgebiete verbietet. Es geht vielmehr um die Beschränkung von Forschungszwecken, d.h. um Verbot bzw. Verzicht auf militärische Zwecke. Jegliche Freiheit zur Grundlagenforschung bleibt durch die Zivilklausel unangestastet. In der gemeinsamen Erklärung der bundesweiten [Initiative „Hochschule für den Frieden – Ja zur Zivilklausel“](#), getragen von Studierendenverbänden, Friedensorganisationen und den Gewerkschaften ver.di und GEW, wird das genauer ausgeführt und erklärt „Keine Erfindung zum Wohle der Menschen erfordert Militärforschung.“

Die Freiheit von Forschung und Lehre ist nicht beliebig. Öffentlich geförderte und offene Universitäten können sich auf den Friedensauftrag des Grundgesetzes berufen und sehr wohl für militärische Forschung und Lehre an den Hochschulen Schranken setzen. Sei es durch eine Selbstbindung der Hochschule über einen Senatsbeschluss oder durch eine Friedensbindung in Landeshochschulgesetzen.

Allein in den letzten zwei Jahren haben sechs Hochschulen eine Zivilklausel beschlossen, die Universitäten Tübingen und Rostock, die Technischen Universitäten Darmstadt und Ilmenau und die Hochschulen Bremen und Bremerhaven. Nach der zitierten jüngsten Argumentation der Wissenschaftsministerin wäre sechsmal die Verfassung verletzt.

Verfassungsrechtlich betrachtet ist auch eine Entgegensetzung von „freiwilliger Selbstverpflichtung“ und „landesgesetzlicher Vorgabe“ nicht gerechtfertigt. Der Verfassungsrechtler Erhard Denninger begründet in seinem [Gutachten vom Februar 2009 zum KIT-Gesetz](#), ein Landesgesetz mit Wirkung auf die Grundsatzung der Universität Karlsruhe, dass die Begrenzung auf zivile Forschungszwecke mit der Verfassung sehr wohl vereinbar ist. Er spricht von der „Friedensfinalität“ des Grundgesetzes. Offenbar haben sich beide Regierungsfractionen bei ihrem zitierten Antrag im Juli 2009 zum KIT-Gesetz davon leiten lassen.

Das Land Niedersachsen verfügte über viele Jahre im Landeshochschulgesetz über eine Zivilklausel. Die Grünen in Niedersachsen haben gerade ihr [Wahlprogramm für die Landtagswahl 2013](#) veröffentlicht. Darin fordern sie mehr Transparenz in der Hochschulforschung und „eine für alle Unis verbindliche Zivilklausel, die Forschung und Entwicklung von Waffen und anderen Rüstungsgütern ausschließt.“

Die Gewerkschaft ver.di hat in ihrem [Bundeskongress 2011 in Leipzig](#) gefordert: „Die Zivilklausel ist in Landeshochschulgesetzen, Verfassungen bzw. Grundordnungen der Universitäten und Hochschulen zu verankern.“ Entsprechende Beschlüsse gibt es auf Landes- und Bundesebene bei der Gewerkschaft GEW.

Die angesprochene Transparenzforderung genießt bekanntlich allgemeine Unterstützung. Dazu erscheinen uns allerdings drei Anmerkungen erforderlich:

- Transparenz und Ethik-Leitsätze werden gegen die Zivilklausel gestellt. Dazu heißt es im ver.di-Beschluss zum Thema „Zivilklausel in Grundsatzung des KIT“ in der [LDK 2011 in Pforzheim](#) „Die Ethik-Kommission ist eine Ergänzung und kein Ersatz für die Zivilklausel. Im Falle einer von der Zivilklausel losgelösten Forderung nach einer Ethik-Kommission besteht die Gefahr, dass die Forderung nach der Zivilklausel verwischt wird und untergeht.“

- Die Transparenzforderung ist nur dann hilfreich, wenn sie konkretisiert wird, d.h. wenn für die militärisch relevanten Forschungsprojekte Auftraggeber, Zeitraum, Verantwortliche, Finanzvolumen und Zielsetzung vor Projektbeginn öffentlich bekannt gegeben werden.

- Als bezeichnendes aktuelles Beispiel für den Widerspruch zwischen Worten und Taten, sei KIT benannt. In einem Brief haben die DFG-VK Baden-Württemberg und die Initiative gegen Militärforschung an Universitäten das KIT-Präsidium, das sich gern auf die Transparenz beruft, zur Mitwirkung an einem geheimen nachrichtentechnischen Rüstungsforschungsprojekt und dessen Aktualität für die Bundeswehr befragt. Nach vier Monaten antwortete KIT aufgrund des Nachdrucks eines Landtagsabgeordneten. Kommentar von Roland Blach, DFG-VK: „Eine völlig inakzeptable und skandalöse Intransparenz der öffentlichen Bildungs- und Forschungseinrichtung KIT.“ ([PM 04.11.12 "Breitbandiges Schweigen"](#))

Noch einmal zum Thema „Unabhängigkeit und Freiheit der Wissenschaft“. Tatsächlich wird die Freiheit der Wissenschaft zunehmend durch den stark angewachsenen Drittmittel-Finanzierungsanteil aus zweckgebundenen privaten und öffentlichen Mitteln verletzt. Einige Hochschulen machen aus der Not der faktischen Unfreiheit eine Tugend, so als ob unternehmerische Hochschulen als Dienstleister für Wirtschaft und Militär am besten dem Allgemeinwohl dienen könnten. Zivilklauseln verbunden mit wirksamer Transparenz und ausreichender Grundfinanzierung können dieser Indienstnahme entgegen wirken.

Wenn Sie unsere Argumente geprüft und für stichhaltig befunden haben, wird es Ihnen nicht schwer fallen, den nachfolgenden LDK-Antrag V2 „Zivilklausel in Landeshochschulgesetz!“ in der beantragten Ergänzungsfassung zu unterstützen:

„BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Baden Württemberg spricht sich dafür aus, dass Forschung und Lehre an den Hochschulen des Landes ausschließlich zivilen und friedlichen Zwecken dient und fordert daher die Einführung einer Zivilklausel im Landeshochschulgesetz mit Geltung für das Karlsruher Institut für Technologie (KIT). Zur Gewährleistung der Überprüfbarkeit wird im Landeshochschulgesetz weiter festgelegt, dass alle öffentlich und privat finanzierten Drittmittelprojekte in Bezug auf Drittmittelgeber, Zeitraum, Projektverantwortliche, Finanzvolumen und Zielsetzung vor Beginn des Projekts öffentlich bekannt zu geben sind (Transparenzklausel).“

„Mit den Waffen des Geistes – Gegen den Geist der Waffen“ war das Leitmotiv des Zivilklausel-Kongresses im Juni in Karlsruhe. Im Vorwort zur [Streitschrift „Jetzt entrüsten!“](#) – Hochschulen: Zukunftswerkstätten oder Kriegs-»Dienstleister«?“ über den Kongress schreibt Heribert Prantl (Süddeutsche Zeitung):

„Wenn Krieg nichts hilft, hilft dann noch mehr Krieg? Die Initiative »Jetzt Entrüsten!« wirbt für das große »Aufhören«. Die Initiative »Jetzt Entrüsten!« sagt Aufhören, wenn es um die Waffenexporte der Bundesrepublik Deutschland geht. Sie sagt Aufhören, wenn es um Rüstungsforschung an den Hochschulen geht. Die Initiative »Jetzt Entrüsten!« wirbt für ein ziviles Gemeinwesen – also für eine Zivilklausel an den Hochschulen.... Die sogenannten, die angeblichen Realpolitiker nennen das Naivität. Damit haben sie vielleicht sogar recht. Ohne diese Naivität hat man nicht die Kraft, gegen den Jahrtausend-Mainstream anzutreten. Aber diese angeblich Naiven sind die wahren Realpolitiker, weil sie die richtigen Konsequenzen aus der Jahrtausend-Realität ziehen: »Jetzt Entrüsten!«“

Mit freundlichen Grüßen

Leni Breymaier

Landesleiterin
ver.di Baden-
Württemberg

Jürgen Grässlin

Bundessprecher Deutsche
Friedengesellschaft - Ver-
einigte Kriegsdienstgegner-
Innen (DFG-VK) Träger des
Aachener Friedenspreises

Sven Lehmann

Sprecher GEW-
Bundesausschuss
der Studentinnen
und Studenten
(BASS)

Dietrich Schulze

Initiative gegen
Militärforschung
an Universitäten

Renate Wanie

Werkstatt für
Gewaltfreie Aktion
Baden

Grüner Landesparteitag Baden-Württemberg und die Zivilklausel

Auch Rückschläge können motivieren

Von Dietrich Schulze

Aus Gründen der von grünen Realpolitikern vertretenen „Staatsräson“ (1), allen voran Ministerpräsident Winfried Kretschmann und Wissenschaftsministerin Theresia Bauer, wurde die von Grüner Jugend, CampusGrün und mehreren Abgeordneten beantragte Zivilklausel für das Landeshochschulgesetz („Forschung und Lehre nur für zivile und friedliche Zwecke“) abgewiesen zugunsten eines Gegenantrags. Dieser wurde in einer Alternativabstimmung mit 93 zu 80 Stimmen als Leitantrag beschlossen. Der

Leitantrag umgeht jegliche Verbindlichkeit und ist ein einziger Etikettenschwindel, der bereits im Titel erscheint „Verbindliche Regelungen für Transparenz und Ethik statt unverbindlicher Zivilklausel“. Der Beschluss ignoriert vollumfänglich das grüne Wahlversprechen zur Landtagswahl, in dem es wörtlich heißt: **„Frieden statt Waffen exportieren. Nachhaltige grüne Friedenspolitik setzt vor allem auf zivile und diplomatische Mittel und hat Abrüstung zum Ziel. Forschungseinrichtungen, Universitäten und Hochschulen des Landes sollen ausschließlich friedliche Zwecke verfolgen. Um dies deutlich zu machen, befürworten wir die Einführung von Zivilklauseln in den Satzungen aller solcher Einrichtungen.“**



Quelle: <http://asta.uni-goettingen.de/200>

Wie die NRhZ berichtete (2), hatten sich **Leni Breymaier (Landesleiterin ver.di Baden-Württemberg)**, **Jürgen Grässlin (Bundessprecher Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen DFG-VK, Träger des Aachener Friedenspreises)**, **Sven Lehmann (Sprecher GEW-Bundesausschuss der Studentinnen und Studenten - BASS)**, der Autor (**Initiative gegen Militärforschung an Universitäten**) und **Renate Wanie (Werkstatt für Gewaltfreie Aktion Baden)** argumentativ an die Delegierten gewandt, nachdem eine Woche vor dem Parteitag Ministerin Bauer mit unhaltbaren Positionen eine Offensive gegen die beantragte Zivilklausel in der Stuttgarter Zeitung (3) gestartet hatte. Auch die atompolitische Sprecherin der grünen Bundestagsfraktion, MdB Sylvia Kotting-Uhl, hatte mit guten Argumenten öffentlich für den Antrag der Jugend Stellung bezogen (4).

Dass die Enttäuschung bei der Jugend groß ist, kann man verstehen. Das ist aber kein Grund zu resignieren und mit der Kampagne gegen die Militarisierung der Hochschulen kürzer zu treten, im Gegenteil. Das möge mit einem einzigen Gedanken näher gebracht werden. Der gleiche Parteitag nahm mit sehr knapper Mehrheit den Antrag an: **„BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Baden-Württemberg fordern die Landesregierung auf, die 2009 zwischen dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport des Landes Baden-Württemberg und dem Wehrbereichskommando IV (Süddeutschland) der Bundeswehr geschlossene Kooperationsvereinbarung spätestens zum Ende des Schuljahrs zu kündigen.“**

Dem ging eine jahrelange Kampagne voraus, die Kampagne „Schulfrei für die Bundeswehr“. Die Breite und Tiefe dieser Kampagne, die sich im Abstimmungsergebnis entgegen den Absichten der regierenden Realpolitiker widerspiegelt, konnte die Zivilklausel-Bewegung bisher nicht erreichen.

Um einer anderen möglichen Fehleinschätzung gleich vorzubeugen: Dieser Abstimmungserfolg, der den privilegierten Zugang der Bundeswehr zu den Schulen beenden soll, ist kein Grund, sich zurück zu lehnen. Innenminister Gall (SPD) erklärte prompt: „Die Kooperation der Schulen mit der Bundeswehr ist sinnvoll. Auch in Zeiten internationaler Militärmissionen sollten Jugendoffiziere mit Schülern über Friedenssicherung und Bundeswehreinsätze diskutieren können. Gerade angesichts der Abschaffung der Wehrpflicht und des Abbaus von Standorten ist es wichtig, dass die Streitkräfte in der Bevölkerung verankert bleiben.“ (5). Darin wird die Absicht der Grün-Roten Regierung deutlich, am Auftritt der Bundeswehr an den Schulen nicht rütteln zu lassen. Die Kampagne wird nicht arbeitslos, die Bewegung muss noch stärker werden.

Mit ähnlichen Argumenten wie „Friedenssicherung - Bundeswehreinsätze - internationale Militärmissionen“ (früher hieß das mal „Friedensmission am Hindukusch“) hatte sich Ministerin Bauer (GRÜNE) gegen die Zivilklausel gewandt: „Aber auch wir erkennen ja an, dass es so etwas wie eine »responsibility to protect« gibt. Wir sind Teil der UNO, unsere Bundeswehr ist Teil des Sicherheitsnetzwerks.“ (3). Diese moderne NATO-Kriegsdoktrin »responsibility to protect« (»Schutzverantwortung«) hatte ein paar Tage zuvor Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière in der Frankfurter Rundschau/Berliner Zeitung (6) so intoniert: „Aber das Politische kann eben manchmal nur mithilfe des Militärischen erfolgreich sein.“ Und kurz danach zog er im Campus-Magazin UNICUM (7) mit dem gleichen nicht stichhaltigen Argument in die Schlacht gegen die Zivilklausel wie die Ministerin: „Ich halte die Einführung einer Zivilklausel für einen Verstoß gegen die Wissenschaftsfreiheit des einzelnen Wissenschaftlers.“ Sind diese zeitlich-inhaltlichen Übereinstimmungen Zufälle? Urteilen Sie selbst und lesen Sie das aktuelle SPIEGEL-Interview mit de Maizière und Trittin unter der Schlagzeile „Schwarz-Grüne Annäherung“ (8) über Rüstungsexporte, militärische Rituale und „Sicherheits“politik. Ist die Annahme weit hergeholt, dass hier variable Regierungskoalitionen für die Bundestagswahlen vorbereitet werden: Schwarz-Grün, Rot-Grün, Schwarz-Rot....?

Zum angeblichen Verstoß der Zivilklausel gegen die Wissenschaftsfreiheit, der bereits 2009 im Denninger-Gutachten (9) widerlegt wurde, ist Anfang der Woche an der Uni Kassel ein Rechtsgutachten (10) vorgestellt worden, wonach „die angestrebte verbindliche Zivilklausel verfassungsrechtlich zulässig ist.“ Zu den elf existierenden Zivilklauseln, sechs davon in fünf Bundesländern allein in den letzten zwei Jahren, könnten demnächst weitere an den Unis Kassel, Köln, Jena, Freiburg, FU Berlin... hinzukommen. Nach Mitteilung des u-asta der Uni Freiburg (11) hat der Senat versprochen, im Sommersemester 2013 eine Zivilklausel für die Grundordnung zu beschließen.

Selbstverpflichtende Zivilklauseln durch Senatsbeschlüsse und landesgesetzliche Zivilklauseln sind keine Gegensätze. In Auswertung des Grünen Parteitags und der bisherigen Bemühungen hat die Initiative gegen Militärforschung an Universitäten beschlossen, die Kampagne für die Aufnahme einer Zivilklausel in das zur Novellierung anstehende Landeshochschulgesetz verstärkt fortzuführen. Dabei spielt die gemeinsame Überzeugung in einer Podiumsdiskussion im Rahmen der Tagung zur Verantwortung der Wissenschaften im Juni 2012 am KIT Karlsruhe eine Rolle. Sowohl die Vertretungen von Grünen, SPD und Linken, als auch die der Studierendenschaft, der Gewerkschaft und der Friedenswissenschaft forderten einmütig eine Zivilklausel für das Landeshochschulgesetz mit Wirkung für das KIT-Gesetz.

Als Positivum bleibt festzuhalten, dass die Vernetzung gegen die Militarisierung von Bildung und Forschung voran gekommen ist. Erstmals gab es am 20. Oktober 2012 in Stuttgart eine gemeinsame Demo für „Militärfreie Schulen und Hochschulen“ (12). Die Zusammenarbeit mit Initiativen gegen Rüstungsexporte wie „Aktion Aufschrei“, für Rüstungskonversion (Umstellung auf nützliche zivile Produkte) sowie mit Initiativen gegen die weltweite Ungerechtigkeit „Armut und Unterernährung“ und zur Abwehr einer Klimakatastrophe kommt voran.

Auf den beiden Konferenzen am vergangenen Wochenende an der Uni Göttingen und an der Uni Kassel sind diese wahren Herausforderungen erörtert worden und dass die Wissenschaften dafür an Problemlösungen arbeiten sollen. Der Autor fand auf Plenen in beiden Konferenzen viel Zustimmung für ein schönes Zitat von Heribert Prantl (Süddeutsche Zeitung):

„Die Initiative »Jetzt Entrüsten!« wirbt für ein ziviles Gemeinwesen – also für eine Zivilklausel an den Hochschulen.... Die sogenannten, die angeblichen Realpolitiker nennen das Naivität. Damit haben sie vielleicht sogar recht. Ohne diese Naivität hat man nicht die Kraft, gegen den Jahrtausend-Mainstream anzutreten. Aber diese angeblich Naiven sind die wahren Realpolitiker, weil sie die richtigen Konsequenzen aus der Jahrtausend-Realität ziehen: »Jetzt Entrüsten!«“

Es stammt aus dem Vorwort zur Streitschrift über den genannten Karlsruher Kongress (13), zu dem gerade im Webportal kritisch-lesen.de eine Rezension (14) von Sebastian Friedrich veröffentlicht wurde.

An alle die „naiven“ und wahren Realpolitiker sei appelliert: Jetzt entrüsten – und nicht locker lassen. Wir haben keine Chance! Nutzen wir sie! (PK)

Quellen:

- (1) Rhein-Neckar-Zeitung 3.12.12
http://www.rnz.de/HP_Suedwest/00_20121203111003_103041902_Naturlich_gab_es_eine_gewisse_Staatsraison_.php
- (2) Neue Rheinische Zeitung 28.11.12 <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=18482>
- (3) Stuttgarter Zeitung 24.11.12 <http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.interview-zur-militaerischen-forschung-verteidigerin-der-freien-wissenschaft.0f71129d-4d1d-498b-9247-94305b797d08.html>
- (4) Reutlinger General-Anzeiger 30.11.12
<http://www.gea.de/nachrichten/politik/gruenen+parteitag+in+boeblingen+interview+mit+kotting+uhl.2918144.htm>
- (5) Innenministerium Baden-Württemberg 3.12.12 http://www.im.baden-wuerttemberg.de/de/Meldungen/293867.html?referer=83357&template=min_meldung_html&min=im
- (6) Bundesregierung 21.11.12
<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Namensbeitrag/2012/11/2012-11-21-de-maiziere-berliner-zeitung.html>
- (7) Magazin UICUM 12-2012 http://www.unicum.de/fileadmin/media/PDFs/UC_12-2012_Web.pdf
- (8) SPIEGEL Nr. 48 vom 26.11.12
- (9) Gutachten Erhard Denninger http://www.boeckler.de/pdf/mbf_gutachten_denninger_2009.pdf
- (10) AK Zivilklausel Uni Kassel <http://zivilklauselkassel.blogspot.de/2012/12/03/zivilklausel-juristisch-moeglich/>
- (11) junge Welt 3.12.12 <http://www.jungewelt.de/2012/12-03/035.php>
- (12) Neues Deutschland 22.11.12 <http://www.neues-deutschland.de/artikel/801988.kein-werben-fuers-sterben.html>
- (13) Neue Rheinische Zeitung 30.09.12 <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=18267>
- (14) Webportal kritisch-lesen.de 4.12.12 <http://www.kritisch-lesen.de/rezension/forschung-und-anti-militarismus>

Fragwürdig

Militarisierung der Köpfe?

● *Sie sind als ehemaliger Betriebsratsvorsitzender des Kernforschungszentrums in Karlsruhe stark involviert in die sogenannte Zivilklauselbewegung. Diese ruft für den Juni zu bundesweiten Aktionstagen auf. Worum geht es?*

Die Aktionstage vom 13. bis 15. Juni sind eine gemeinsame Initiative von Kampagnen für militärfreie Schulen und Hochschulen, die an eine ähnliche Aktion im Herbst letzten Jahres anknüpft. Es geht darum, der Bundeswehr den Einfluss auf die Schulen streitig zu machen, also etwa die Kooperationsvereinbarungen mit einzelnen Kultusministerien ersatzlos zu streichen und Beispiele von Schulen zu würdigen, die per Schulkonferenzbeschluss die Bundeswehr nicht an ihrer Schule haben wollen. Drei davon wurden kürzlich stellvertretend mit dem Aachener Friedenspreis ausgezeichnet.

● *Welche Rollen spielen die Unis bei der Militarisierung des Bildungswesens?*

Hochschulen werden immer häufiger wegen nicht ausreichender Grundfinanzierung über dubiose Drittmittel in die Arme der Militärs, der Rüstungsindustrie und von mächtigen Privatfirmen getrieben. In über 40 Hochschulen wird im naturwissenschaftlichen, medizinischen und sozialwissen-

schaftlichen Bereich für Bundeswehr, Rüstung und Krieg geforscht und gelehrt. Dazu kommen enorme Mittel aus dem »zivilen Haushalt« des Bundesforschungsministeriums, mittels derer zum Beispiel unter dem Deckmantel »Sicherheitsforschung« militärische Zwecke bedient werden.



Dietrich Schulze
ist Beiratsmitglied der Initiative für Frieden und Zukunftsfähigkeit.

Foto: privat

● *Welche Ziele verfolgen Ihrer Meinung nach die staatlichen Stellen bei diesem Engagement?*

Es bedarf keiner besonderen Fantasie, um zu erkennen, dass die Militarisierung der Bildung ein wesentlicher Aspekt der Militarisierung der Außenpolitik ist. Die Jugend soll »humanitäre« Interventionskriege für Rohstoffe auf fremdem Boden und gehorsame Regierungen als selbstverständliche nationale Interessen begreifen und unterstützen.

● *Worum geht es bei den Zivilklauseln an Hochschulen genau?*

Die Zivilklausel bedeutet vor allem eine verbindliche Festlegung, für vernünftige zivile statt für militärische Zwecke zu arbeiten. Damit wird die Zivilcourage jedes einzelnen Hochschulangehörigen gestärkt, jedoch nicht ersetzt. Voraussetzungen für die »Re-Zivilisierung« der Hochschulen sind dabei stets aber auch eine allseitige Wachsamkeit sowie die für eine Überprüfung vor Ort notwendige Transparenz. Das heißt die zumindest hochschulöffentliche Bekanntmachung aller Drittmittel-Vorhaben in Bezug auf Geldgeber, Zeitraum, Projektverantwortlichkeit, Finanzvolumen, Zielsetzung und Fragestellung bereits vor Beginn des Projekts. Um es auf den Punkt zu bringen: Die Zivilklausel muss gelebt werden. Schluss mit der Militarisierung der Köpfe!

● *Wie viele Hochschulen sind dem Aufruf Ihrer Initiative bislang gefolgt?*

Wenn das Ausmaß an Militarisierung und Anpassung betrachtet wird, muss es erstaunen, dass in den letzten drei Jahren sieben neue Hochschulen mit Zivilklauseln zu den zuvor bereits vorhandenen fünf dazu gekommen sind. Eine abrechenbare und wirklich ermutigende Zwischenbilanz der Zivilklauselbewegung.

Fragen: Jens Wernicke

WIR WIDERSPRECHEN - Bericht vom 30. Oktober in Berlin!

Am 30. Oktober waren Unterzeichner/innen des Aufrufes „Wir widersprechen“ bei dem „friedens- und sicherheitspolitischen Workshop“ des DGB, dessen Programm völlig zurecht als Versuch gewertet wurde, die sicherheitspolitische Doktrin der Bundesregierung in den Gewerkschaften zu verankern, so wie dies in Schulen und Hochschulen schon seit langem geschieht und wogegen wir antreten.

Deswegen haben Kolleg/innen sowohl innen als auch außen ihren erklärten Widerspruch klargelegt und die Forderung aufgestellt: Der DGB muss einen echten friedenspolitischen Workshop einberufen, bei dem all diejenigen, die Tag für Tag in der Friedensbewegung und in den Gewerkschaften gegen die sicherheitspolitische Doktrin der Bundesregierung aufklären, das Sagen haben!

Bereits vor der Türe wurden alle Teilnehmenden mit Transparenten und Flugblättern in diesem Sinne empfangen. Im Veranstaltungsraum stand gleich nach der Eröffnung durch Michael Sommer eine Vertreterin der GEW auf, verlas eine ausgezeichnete Erklärung, daraufhin wurden drei Transparente entfaltet, die sich vorne am Podium platzierten und es folgte ein Redebeitrag nach dem anderen von uns. Nach dieser wunderbaren Eröffnung ging es zwar wieder in das offizielle Programm, doch auch im weiteren meldeten sich die Gegner des Schmusekurses mit der Bundeswehr ständig zu Wort. Der Bericht einer GEW-Kollegin ist beigelegt, die Video-Aufnahmen sowie Fotos werden in Bälde zur Verfügung gestellt werden können.

Wichtig ist besonders das Ergebnis: Am Schluss erklärte Marlies Tepe, GEW-Vorsitzende, dass wie gefordert ein zweiter Workshop stattfinden soll, in dessen Vorbereitung sie sich stärker einbringen wolle.

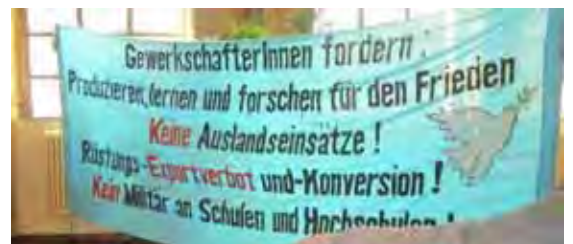
Das ist ein Wort - und es liegt nun an uns, dies tatsächlich einzufordern!

Dies betrifft dabei nicht nur die Auswahl der Referenten, sondern auch die Zusammensetzung des Workshops selbst.

Schaut man sich nämlich die Teilnehmerliste des Workshops vom 30. Oktober an, so findet man dort vertreten:

- **die Bundesakademie für Sicherheitspolitik** mit ihrem Präsidenten
- **das Bundesministerium der Verteidigung** mit mindestens drei Vertretern
- **der Deutsche Bundeswehrverband** mit der Referentin des Vorsitzenden
- **der Bundesverband der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (Lobbyverband der Rüstungsindustrie)** mit ihrem stellvertretenden Geschäftsführer und ihrem Zuständigen für Rüstungsplanung, Parlaments- und Pressekontakte
- **der Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e.V.** mit dem Referenten des Präsidenten
- **das Bundeskanzleramt**

Wir widersprechen!



Wir GewerkschafterInnen fordern:
 Produzieren, lernen und forschen
 für den Frieden!
 Keine Auslandseinsätze!
 Rüstungs-Exportverbot und
 Rüstungskonversion!
 Kein Militär an Schulen und Hochschulen!

Wer Frieden macht mit dem Militär, ist
 - Für Streikbruch
 - Für den Krieg gegen uns Arbeiter
 - Für den Krieg gegen andere Länder

- **drei Vertreter des promilitärischen „Zentrums für internationale Friedenseinsätze“**, das bereits mit Dr. Almut Wieland-Karimi als Referentin vertreten war
- **der Beirat Innere Führung** mit Hans Raidel (CSU), ebenfalls bereits mit Winfried Nachtwei als Referent vertreten

Und selbst bei den gewerkschaftlichen Teilnehmer/innen mussten wir eine äußerst einseitige Auswahl feststellen:

- die IG Metall-Kollegen waren fast ausschließlich aus der Rüstungsindustrie (*Atlas-Elektronik, Rheinmetall Landsysteme, EADS Deutschland GmbH, Lürssen-Werft, Diehl BGT Defence GmbH&Co KG, Renk AG, Cassidian, MTU Aero Engines AG, Jenaoptik, Junghans Microtec GmbH, MTU Aero Engines AG, Thales Deutschland*)
- die ver.di-Kolleg/innen – von den offiziell gemeldeten waren 50% aus der Fachgruppe Bundeswehr!!!!

Zum Schluss bedanken wir uns bei allen Kolleginnen und Kollegen, die bei dem Workshop mit ihrer Teilnahme und ihren Beiträgen dafür gesorgt haben, dass der Workshop ein Schritt in die richtige Richtung wurde: Kein Schulterschluss des DGB mit der Bundeswehr – keine gemeinsame Erklärung!

Zur Information: Am 16./17.11. wird die Initiative Frauenfriedenskonferenz auf dem Kongress „Krieg um die Köpfe“ der Informationsstelle Militarisierung in Tübingen vertreten sein und ist dort federführend für den Workshop „Schulterschluss zwischen Militär und Gewerkschaften?“.

Mehr Informationen unter www.imi-online.de

Mit solidarischem Gruß
und in Vertretung von Barbara Tedeski!

Hedwig Krimmer
Gewerkschaftssekretärin
Telefon 089/59977-1101
hedwig.krimmer@verdi.de

Bericht der GEW-Kollegin vom 2. Oktober 2013

Teilnehmererfahrungen vom "friedens- und sicherheitspolitischen Workshop" des DGB vom 30. Oktober

Liebe Freunde,

hier für alle, die es interessiert, ein erster Bericht über den „Friedens- und Sicherheitspolitischen Workshop“ des DGB am Mittwoch (30.10.), an dem ich als eine der Delegierten des Hauptvorstands der GEW teilgenommen habe:

Der Workshop war in Reaktion auf gewerkschaftliche Kritik an dem Treffen von Michael Sommer, DGB-Vorsitzender, und Verteidigungsminister de Maizière Anfang dieses Jahres zustande gekommen. Hier noch einmal der Presseauftritt der beiden vom 5. Februar mitsamt ihrer Ankündigung, eine Erklärung über das Verhältnis Gewerkschaften – Bundeswehr veröffentlichen zu wollen, in Text, Bild und Ton (es gab ja auch etliche Stellungnahmen aus der Friedensbewegung dazu): <http://www.dgb.de/service/mitglied-werden/++co++05c61cac-6fa4-11e2-8aea-00188b4dc422/?dgb.stage.id=grund-2&dgb.stage.format>

Auf dem Gewerkschaftstag der GEW im Juni sprach Michael Sommer dann zum ersten Mal davon, im Herbst zu einem Workshop einladen zu wollen, auf dem alle zu Wort kommen sollten, die an der Thematik beteiligt seien.

Das Programm für diesen Workshop, der nun am 30.10. stattfand, war dann aber das einer üblichen Vortragsveranstaltung, mit insgesamt nur 45 Minuten Diskussion und Reiner Braun als dem einzigen Redner, der der Friedensbewegung zugerechnet werden konnte. Von der Webseite des DGB ist es mittlerweile wieder verschwunden, in der IMI-Studie vom 10. Oktober aber gut beschrieben und eingeschätzt worden: <http://www.imi-online.de/2013/10/10/sicherheitspolitischer-workshop-des-dgb-einschlag-ins-gesicht-der-friedens-und-antikriegsbewegung/>

Den Gewerkschaften waren Teilnehmerkontingente zugewiesen worden. Erst einige Tage vor der Veranstaltung wurde die Anmeldung für alle Interessierten geöffnet. Äußerst kurzfristig und wahrscheinlich in Vorausahnung der Proteste auf der Veranstaltung wurde Reiner Braun, der ursprünglich nur in der

abschließenden Podiumsdiskussion sprechen sollte, mit einem Vortrag auf den zweiten Platz der Rednerliste vorgezogen.

Die Proteste ließen dann auch nicht auf sich warten. Schon vor dem Tagungsgebäude wurden die Teilnehmer mit Flyern empfangen. Unter anderem waren Vertreter der ver.di-Frauenfriedenskonferenz mit ihrem Aufruf „Wir widersprechen“ (s. z.B. hier: <http://www.labournet.de/wp-content/uploads/2013/03/frauenfrieden2.pdf>) aus München angereist. Die GEW Berlin hatte auf einem Transparent alle aktuellen friedenspolitischen Forderungen zusammengefasst. Im Saal ging es weiter: Michael Sommer konnte mit seiner Begrüßungsrede kaum durchdringen. Zwischenrufe unterbrachen ihn, Transparente wurden entrollt, eine Teilnehmerin trat nach vorn und verlas eine Erklärung, in der sein Rücktritt verlangt wurde. Die Zwischenrufer kritisierten die Art der Veranstaltung, zeigten sich empört, dass die großen Friedensorganisationen (genannt wurde natürlich auch die DFG-VK!) nicht eingeladen worden seien, und von mehreren Seiten wurde die Forderung laut, das Programm abzubrechen und den Tag dazu zu nutzen, eine andere Veranstaltung zu planen.

Zunächst aber wurden doch die Vorträge angehört. Sehr bald wurde deutlich, welche Rolle allein die beiden Hauptvortragenden spielen sollten: Prof. Stefan Berger vom Institut für soziale Bewegungen an der Uni Bochum sprach über das wechselvolle Verhältnis von Arbeiterbewegung und Militär aus historischer Sicht und behauptete auf Nachfrage, die Gewerkschaften seien nie Teil der Friedensbewegung gewesen, verwies aber im gleichen Atemzug darauf, dass all das noch gar nicht bis zu Ende erforscht sei. Prof. Herfried Münkler von Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Uni Berlin beschrieb die Zweideutigkeiten der „neuen Kriege“ und suggerierte, auch der Ausbruch des Ersten Weltkriegs sei ein Zufall gewesen; zu seiner Theorie der befriedenden Rolle von Imperien verstieg er sich an diesem Tag aber dann doch nicht. Die Sprecher aus den Gewerkschaften relativierten einiges.

Die stärksten Gegenargumente kamen aber aus den Diskussionsbeiträgen der Teilnehmer. Es gab sehr viele Wortmeldungen. Nur eine von ihnen, neben einer etwas zweideutigen, kam nicht aus dem „linken Lager“, und auch das nur, weil einer der Hauptvortragenden den Wunsch geäußert hatte, doch auch einmal einen Diskussionsbeitrag von anderer Seite zu hören; es meldete sich dann der Betriebsrat eines Rüstungsbetriebs, von denen allein 15 in der Teilnehmerliste verzeichnet waren – alles Betriebsräte, wie versichert wurde Der Moderator verzichtete angesichts dieser Situation notgedrungen auf fast jedes Eingreifen und gab auch die Zeit der Podiumsdiskussion, außer für Eingangs- und Schlussstatements der Podiumsteilnehmer, für die allgemeine Diskussion frei. Die Gewerkschafter kritisierten auch hier die Art der Veranstaltung, gaben Erklärungen im Namen ihrer Ortsgruppen und Landesverbände ab und wandten sich gegen die Thesen der Vortragenden. Außerdem wurde sichtbar, dass „die Friedensbewegung“ doch anwesend war: an den Infomaterialien auf dem Garderobentisch, an den Diskussionsbeiträgen von Aktivisten der Zivilklauselbewegung und der sich wieder entwickelnden Bewegung für Rüstungskonversion oder auch am Beitrag der friedenspolitischen Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag, Christine Buchholz, die unter anderem darauf hinwies, dass dieser Workshop mit dem Tag der ersten Gerichtsverhandlung über die Schadenersatzklagen von Hinterbliebenen der Opfer des von einem Bundeswehroffizier befohlenen Kunduz-Massakers zusammenfiel.

Marlis Tepe, die Bundesvorsitzende der GEW, musste anstelle des gesundheitlich angeschlagenen Michael Sommer, der die Veranstaltung bereits verlassen hatte, das Schlusswort halten. Sie hatte zwei Ankündigungen zu machen: dass die GEW an den DGB-Bundeskongress im Mai 2014 einen friedenspolitischen Antrag stellen werde und dass es noch vor diesem Kongress – und das war ganz neu – eine weitere „friedens- und sicherheitspolitische“ Veranstaltung geben werde, in deren Vorbereitung sie sich stärker einbringen wolle. Für GEW-Kollegen gilt es nun, da anzuknüpfen.

Insgesamt eine schöne Veranstaltung, die ganz anders ablief, als sie geplant war, und auch nicht die beabsichtigten Wirkungen erzielt haben dürfte ;) In der „jungen Welt“ von gestern kann man ebenfalls einiges über die Veranstaltung lesen: <http://www.jungewelt.de/2013/11-01/037.php>

Weiteres zu meinem Bericht kann ich auf Nachfrage gern ergänzen oder auch in einem anderen Rahmen mehr schreiben.

Beste Grüße und noch ein schönes Wochenende Cornelia

Cornelia Mannewitz
cornelia.mannewitz@gmx.de

Versprochen ist versprochen:

Für die sofortige Kündigung der
Kooperationsvereinbarung zwischen dem
Kultusministerium Baden-Württemberg und der
Bundeswehr



Im Dezember 2009 schlossen das baden-württembergische Kultusministerium und das Wehrbereichskommando IV der Bundeswehr eine Kooperationsvereinbarung, um die Jugendoffiziere der Bundeswehr noch stärker in die schulische Bildung sowie die Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften zu integrieren. Wir fordern von Kultusministerin Warminski-Leitheußer und der grün-roten Landesregierung die sofortige vor der Wahl versprochene Kündigung dieser Kooperationsvereinbarung.

Name	Straße / Wohnort	E-Mail für Informationen per Newsletter	Tätigkeit	Unterschrift

In der Kampagne „Schulfrei für die Bundeswehr“ arbeiten derzeit mit: DFG-VK Baden-Württemberg, Informationsstelle Militarisation, Ohne Rüstung Leben, Pax Christi Baden-Württemberg, Werkstatt für Gewaltfreie Aktion Baden, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Baden-Württemberg, Ökumenisches Netz Baden-Württemberg, Offenes Treffen gegen Krieg und Militarisation Stuttgart, Pax an – die Werkstatt für Pazifismus, Friedenspädagogik und Volkerverständigung e.V., Die AnStifter, das Deutsche Mennonitische Friedenskomitee sowie die Pressehütte Mutlangen.

Die Kampagne wird 2011/12 gefördert von der Bewegungsstiftung und unterstützt von: DGB Nordwürttemberg, terre des hommes Deutschland e.V. Arbeitsgruppe Stuttgart, terre des hommes Ulm, UstA PH Freiburg, UstA PH Schwäbisch Gmünd, ver.di Landesverband Baden-Württemberg.

Bitte senden Sie die Liste bis zum 30.September 2012 an: DFG-VK-Landesverband Baden-Württemberg, Werastraße 10, 70182 Stuttgart

Lernen für den Frieden

Keine Rüstungsindustrie und kein Militär in Bildungseinrichtungen

Bildung und Wissenschaft müssen dazu beitragen, die Ursachen von Krieg, Möglichkeiten ziviler Konfliktlösung und die Voraussetzungen für Frieden zu ergründen. Alle Menschen können sich kooperativ mit den drängenden Problemen der Gesellschaft befassen und für Völkerverständigung und eine menschenwürdige Welt wirken. Angesichts kriegigerischer Konflikte weltweit ist das dringend erforderlich.

Der Einfluss der Bundeswehr auf die Schulen und die zunehmende Abhängigkeit der wissenschaftlichen Einrichtungen von privaten Geldgebern, insbesondere aus dem Bereich der Rüstungsindustrie und des Militärs, zielen stattdessen auf die Vorbereitung, Akzeptanz und Normalisierung von Krieg als Mittel der Politik. Hiergegen setzen wir uns zur Wehr – für eine demokratische und friedliche Entwicklung!



Mit meiner Unterschrift trete ich für eine Gesellschaft ein, die von Aufklärung, Argumentation und Solidarität bestimmt ist statt von der gewaltsamen Durchsetzung politischer und wirtschaftlicher Interessen.

- Ich fordere die Schulen und Hochschulen auf, ihrer Verantwortung für eine friedliche Gesellschaft gerecht zu werden. Die Selbstverpflichtung der Hochschulen auf zivile und friedliche Zwecke durch die Einführung von Zivilklauseln und Beschlüsse von Schulen gegen jegliche Kooperation mit dem Militär sind entscheidende Schritte dorthin.
- Die Landesregierungen fordere ich auf, die Schulen als zivile Einrichtungen zu erhalten und die politisch gewollte Beeinflussung der SchülerInnen und LehrerInnen durch die Bundeswehr zu beenden. Kooperationsabkommen mit der Bundeswehr müssen ersatzlos gekündigt werden.
- Die zivile Ausrichtung der Hochschulen soll in den Landeshochschulgesetzen festgeschrieben werden. Der Abhängigkeit der Wissenschaft von privatwirtschaftlichen Geldgebern muss durch eine ausreichende öffentliche Finanzierung von Bildung und Wissenschaft entgegengewirkt werden. Forschungsvorhaben und Geldquellen müssen offengelegt werden.

Name	Adresse	Unterschrift

Ausgefüllte Listen bitte einsenden an DFG-VK, Werastr. 10, 70182 Stuttgart

Die Unterschriften werden am 5. Dezember 2013 bei der Kultusministerkonferenz in Berlin den politisch Verantwortlichen übergeben.

V.i.S.d.P.: Initiative „Hochschulen für den Frieden – Ja zur Zivilklausel“, % Peter Förster, Marienstr. 3d, 50825 Köln

